Freitag, 1. November 1929 15 Pfg. Erſtes Morgenblatt 74. Jahrgang. Nr. 815

BEZUGS-PREIS
Täglich drei Ausgaben, Sonntags und Montags zwei Ausgaben. Beilagen: Das Technische Blatt, Literaturblatt, Für Hochschule und Jugend, Sportblatt, Bäderblatt, Für die Frau. Bezugspreis in Deutschland monatlich ℳ 6.— ausschließlich Bestellgeld, im Ausland nach dem Tarif der am Weltpostverein beteiligt. Postanstalt. Unter Streifband Portozuschlag. Einzelpreis: I. Morgenblatt 15 Pfg., II. Morgenblatt 15, Abendblatt 10 Pfg.
ANZEIGEN-PREIS
Mill.-Zeile 40 Pfg. Reklame ℳ 3.— Steilengesuche 20 Pfennig. Familien-Anzeigen (von der Familie veröffentlicht) Doppelzeile 40 Pfg. / Platz- und Datenvorschrift ohne Verbindlichkeit
Störungen d. höh. Gewalt od. Ausstand berechtigen nicht zu Ersatzansprüchen.

Frankfurter Zeitung

(Frankfurter Handelszeitung)
Fernsprecher Amt Hansa 9160-9175

und Handelsblatt
Begründet von Leopold Sonnemann

(Neue Frankfurter Zeitung)
Postscheckkonto Frankfurt (Main) 4430

GESCHÄFTSSTELLEN und Generalvertretungen
Frankfurt a. M., Große Eschenheimer Straße 31-37, Schillerstr. 18-24. Berlin W9, PotsdamerStr. 133. Hamburg, Große Bäckerstr. 9. Köln a. Rh., Constantinstraße 67 u. Kaiser-Wilhelm-Ring 10. München, Perusastr. 5 u. O 9, Emeranstraße 20. Stuttgart, Poststr. 7 Hannover Leisewitzstr. 53A. Leipzig W33, Goetzstraße 2, I. Erfurt, Viktoria-Straße 21. Wien I, Wollzeile 11. Zürich, Bahnhofstraße 78. Paris 8, 44. Rue de Lisbonne London E. C. 1, Holborn Viaduct House. Haag-Voorburg, Dr. Blookerstraat 21. Brüssel, 47, Rue Montagne aux Herbes Potagères. New York, 164 Fifth Avenue.—Anfragen u. unverl. Einsendungen ist Rückporto beizufügen.
Verlag und Druck: Frankfurter Societäts-Druckerei G.m.b.H.

Beruhigung an der Börſe.

Nach den letzten aufgeregten Tagen waren die **deutſchen** und, ſoweit man im Telephonverkehr mit dem Ausland während der Börſenzeit hörte, auch die **fremden Börſen** heute weſentlich beruhigter. Die Kursrückgänge waren erſtmals wieder von zum Teil beachtlichen Erholungen gefolgt. Die Stimmung war durch die Erwartungen auf New Yorker und Londoner Senkungen der Diskontſätze zuverſichtlicher geworden; die Londoner Diskontermäßigung iſt bereits Tatſache geworden. Für die Haltung der Frankfurter Börſe fiel außerdem ins Gewicht, daß der **Oktober-Zahltag**, dem man nach den großen Kursrückſchlägen mit einiger Sorge entgegengeſehen hatte, glatt verlief (ausführliche Berichte ſ. im Handelsteil dieſer Ausgabe).

Zum Konkurs der Bankfirma Andree & Herzog.

(Privattelegramm der „Frankfurter Zeitung“.)

Kaſſel, 31. Okt. Zu dem Termin vor dem Amtsgericht, in welchem, wie bereits gemeldet, das Konkursverfahren über das Vermögen der Kaſſeler Privatbank Andree u. Herzog und ſeine Inhaber eröffnet wurde, fand ſich überraſchenderweiſe auch der ſeit drei Tagen vermißte Bankier **Herzog** ein, der in einem Nervenzuſammenbruch von Kaſſel geflohen war und ſich in der Zwiſchenzeit auf ſeiner einſamen Jagdhütte bei Ehlen aufgehalten hatte. Wie ich aus zuverläſſiger Quelle erfahre, hat die Kriminalpolizei Ermittlungen darüber angeſtellt, ob, wie von verſchiedenen Seiten behauptet wird, die Depots der Kunden angegriffen worden ſind. Die Ermittlungen ſind noch nicht abgeſchloſſen, über ihr Ergebnis kann daher noch nichts geſagt werden.

Das Volksbegehren.

Vorläufige Ergebniſſe.

(Privattelegramm der „Frankfurter Zeitung“.)

‡ Berlin, 31. Okt. Ueber das vorläufige Ergebnis des Volksbegehrens waren beim Reichswahlleiter bis heute mittag Meldungen aus Bezirken eingegangen, die zuſammen 54,59 Prozent der Zahl der Wahlberechtigten des ganzen Reiches ausmachen. Danach haben ſich von 22 535 407 Stimmberechtigten 1 924 775 Wähler eingetragen, das ſind 8,54 Prozent der Wahlberechtigten.

Nach den bis 13.15 Uhr vorliegenden Angaben haben ſich von 23 783 622 Stimmberechtigten in den erfaßten Bezirken 2 066 201 für das Volksbegehren eingetragen, das ſind 8.69 Prozent.

Nach den bis 14.15 Uhr vorliegenden Angaben haben ſich von 25 401 936 Stimmberechtigten in den erfaßten Bezirken 2 217 157 für das Volksbegehren eingetragen, das ſind 8,73 Prozent.

Nach der badiſchen Wahl.

Die Hakenkreuzler. — Die Republikaner. — Präſident Glockner.

(Von unſerem Korreſpondenten.)

✝ Karlsruhe, 30. Okt. Das politiſche Thema des Tages iſt in Baden der Wahlerfolg der **Nationalſozialiſten** und die Frage nach den Gründen für ihn. Viel iſt in dieſen Tagen darüber geſchrieben worden, aber die Erörterung der Frage wird dadurch erſchwert, daß die Urſachen für das Anwachſen der nationalſozialiſtiſchen Stimmen zu verſchiedenartig und im einzelnen Fall zu wenig kontrollierbar ſind. Man muß zunächſt übertriebene Auffaſſungen zurückweiſen: der Kern der Wählerſchaft hat an der guten demokratiſchen Tradition des Landes feſtgehalten; nur ein — allerdings anſehnlicher — Bruchteil iſt der nationalſozialiſtiſchen Werbung widerſtandslos erlegen, nämlich der Teil der Bauernſchaft und des Bürgertums, den Kriegsende, Umwälzung und Inflation politiſch aus dem Gleiſe geworfen und derart direktionslos gemacht haben, daß er, verſtärkt durch wirtſchaftlich Unzufriedene aller Art, ſeit zehn Jahren von Wahl zu Wahl andern Phantomen nachjagt. Es ſind die Leute der nationalen Romantik, die die Götzendämmerung des Nationalismus noch nicht erkennen und die ſich noch immer nicht zu der Erkenntnis durchgerungen haben, die Alfred Weber kürzlich etwa ſo formulierte: daß wir, weil wir uns unſere Stellung in der Welt nicht mit „heroiſchen“ Mitteln ſchaffen können, darauf angewieſen ſind, **klug** zu ſein. Es ſind die Leute mit dem kurzen Gedächtnis, die nicht nur die Lehre des Krieges und der Niederlage nie erfaßt haben, ſondern die ſich auch abſolut nicht mehr daran erinnern, wie es 1923 bei uns ausſah und wie ungeheure Fortſchritte wir, ſo groß die Not breiter Volksſchichten immer noch iſt, ſeither doch ganz unbeſtreitbar politiſch und wirtſchaftlich gemacht haben. Es ſind die Leute, die innerlich ſo durcheinander gebracht ſind, daß ſie kritiklos auf jede Hetze reagieren und jeden Schwindel glauben, der ihnen von ſkrupelloſen Spektakelmachern vorgeſetzt wird. Das Märchen vom Sklavenexport, den Deutſchland im Young-Plan zugeſtanden haben ſoll, gab eine Probe davon, was alles man dieſen Leuten bieten kann, ohne ausgelacht zu werden. Freilich darf man, wenn man dies alles ſo eintariert, wie es eintariert zu werden verdient, das eine nicht überſehen, daß ſich in der Tatſache des relativ großen Anhangs, den der Nationalſozialismus findet, doch auch in irgendwelcher Hinſicht ein Verſagen des neuen Staates dokumentieren muß. Die Empfänglichkeit weiter Volkskreiſe für die nationalſozialiſtiſche Agitation könnte nicht ſo groß ſein, wenn die Republik die volle Ueberzeugungs- und Anziehungskraft entfaltet hätte, die gerade einer auf dem demokratiſchen und ſozialen Prinzip aufgebauten Inſtitution innewohnen muß. Deshalb muß der Nationalſozialismus der Republik ein Stachel zur Selbſtkritik ſein; die Republik iſt robuſt genug, um ſolche unabläſſige Selbſtkritik ertragen zu können.

Für den Landtag bedeutet der Einzug der Nationalſozialiſten eine Vermehrung der Elemente, die ſich weigern, überhaupt fair mitzuarbeiten, die die Aufgabe des Landtags nicht fördern, ſondern von innen heraus ſabotieren wollen. Zu den fünf Kommuniſten kommen ſechs Nationalſozialiſten; ein volles Achtel des Landtags wird damit aus **Abgeordneten gegen den Landtag** beſtehen. Sie treiben ein unehrliches Spiel, indem ſie trotzdem die volle Gleichberechtigung mit den andern Parteien in Anſpruch nehmen — die ihnen ſelbſtverſtändlich gewährt werden wird —, wie es auch unehrlich iſt, ſelbſt einen Staat des Zwanges, der brutalen Vergewaltigung aller Andersdenkenden zu propagieren und gleichzeitig laut zu lamentieren und vor Entrüſtung außer ſich zu ſein, wenn der beſtehende Staat ſich gegen ihre Wühlarbeit mit ſehr zahmen Mitteln zur Wehr ſetzt. So mißlich aber das Treiben der Extremen für die Arbeit des Landtags ſein mag, ſo iſt Baden doch nach wie vor inſofern unendlich viel beſſer als andere deutſche Länder daran, als die Bildung einer handlungsfähigen Mehrheit im neuen Landtag an ſich keinerlei Schwierigkeiten bereitet. Es kann auch nicht zweifelhaft ſein, daß der Wahlausgang auf die **Erneuerung** der beſtehenden **Weimarer Koalition** hinweiſt, die für ſich allein faſt zwei Drittel der Abgeordneten umfaßt. Die deutſchnationale Preſſe behauptet zwar, daß das charakteriſtiſche Merkmal der Wahl die Verſtärkung der Rechten ſei und in der Tat werden ja im neuen Landtag mehr Abgeordnete auf der Rechten ſitzen als im alten. Aber dieſe Verſtärkung beruht lediglich auf dem Eintritt der Nationalſozialiſten in den Landtag, die für keinerlei Regierungsbildung in Frage kommen, und außerdem wird das politiſche Gewicht der Rechten durch ihre vollkommene Zerſplitterung in höchſtem Maße geſchwächt. Sicher iſt, daß durch den Wahlausgang eine Regierungskombination, die die Rechte einbegriffe, nicht leichter, ſondern ſchwerer gemacht worden iſt. Wenn die Deutſchnationalen ſich mit einer ſo gearteten Verſtärkung der Rechten über die Niederlage der eigenen Partei tröſten wollen, ſo ſind ſie ſehr beſcheiden.

Unter den Abgeordneten, die nicht mehr kandidiert haben, befindet ſich einer, deſſen Ausſcheiden aus dem Landtag von allen Parteien lebhaft bedauert wird; es iſt dies der bisherige Vorſitzende der Demokratiſchen Fraktion, Hermann **Glockner**. Sein Bild ſteht in der Geſchichte des badiſchen Landes feſt umriſſen da: er war der ideale Verwaltungsbeamte, vorbildlich in der Höhe ſeines geiſtigen Niveaus, ſeiner Tüchtigkeit, Sachlichkeit und abſoluten Integrität, zugleich aber auch der für Volk und Staat arbeitende Staatsbürger, der vielleicht nicht alle Eigenſchaften des eigentlichen Politikers im engeren Sinne des Wortes beſaß — er ſelbſt hat ſich darüber gelegentlich mit Humor ausgeſprochen —, der aber in der entſcheidenden Zeit nach dem Zuſammenbruch des alten Regimes mit ſicherem Blick ſeinen Platz fand und auf ihm ohne Schwanken beharrte und der dadurch ein ungewöhnliches politiſches Verſtändnis und Verantwortungsgefühl bewies. Der badiſche Staat der Jahrzehnte vor dem Kriege und insbeſondere das erſte Jahrzehnt des neuen Staates haben Glockner viel zu danken.

New Yorker Tagung.

Institut de Droit International.

Von Dr. **Walter Simons**,
ehemaligem Reichsgerichtspräſidenten.

Der Weltkrieg hat die Vereinigten Staaten und das übrige Amerika nicht nur wirtſchaftlich und finanziell von Europa unabhängig gemacht, ſondern auch eine ſtarke geiſtige Bewegung für ein ſelbſtändiges amerikaniſches Leben veranlaßt, die ſich auf der einen Seite negativ in einer gewiſſen Europamüdigkeit, einer Abkehr von der Teilnahme an europäiſchen Dingen auswirkt, dann aber poſitiv amerikaniſche Denkformen und Organiſationen ſpezifiſcher Art zu ſchaffen ſucht. Sicherlich ſind ſolche Tendenzen ſo alt wie der Abfall der Neuengland-Staaten vom Mutterlande und die Befreiung der ſpaniſchen Kolonien von ihren europäiſchen Herrſchern; ſie haben aber im letzten Jahrzehnt einen weſentlich ſtärkeren Auftrieb erhalten.

Dieſe Beſtrebungen machen ſich auch auf dem Gebiete des Internationalen Rechtes mehr und mehr bemerkbar. Im Zuſammenhang mit dem Aufbau und der Entwicklung der Panamerikaniſchen Union ſind bedeutende amerikaniſche Staatsmänner und Völkerrechtsjuriſten der nördlichen wie der ſüdlichen Hemiſphäre an der Arbeit, ein internationales öffentliches Recht amerikaniſchen Stils zu ſchaffen. Nun gibt es zweifellos internationale Probleme, die in Amerika eine andere Löſung verlangen wie in Europa. Man denke nur an die Konflikte in der Beſtimmung der Staatsangehörigkeit. In Europa hat ſich ſeit der franzöſiſchen Revolution der Grundſatz des jus sanguinis durchgeſetzt, der eine Parallelerſcheinung zu der politiſchen Entwicklung des Nationalitätsprinzips bedeutet. Nach dieſem Grundſatz wird die Staatsangehörigkeit jedes Einzelnen durch die ſeines Vaters beſtimmt. Er paßt für Staaten alter Kultur, die ihre Angehörigen in der ganzen Welt an die Heimat zu feſſeln wünſchen und den Angehörigen fremder Staaten mit Mißtrauen gegenüber ſtehen. Ganz anders ſteht es mit den Kolonialgebieten der neuen Welt, deren Einwohnerſchaft ſich aus Einwanderern verſchiedenſter nationaler Herkunft zuſammenſetzt. Hier iſt der Grundſatz des jus soli geboten; nicht die Herkunft der Eltern, ſondern die Geburt auf dem **Boden** des Landes muß über die Staatsangehörigkeit entſcheiden, wenn nicht völlige Ueberfremdung und unentwirrbare Rechtskonflikte die Folge ſein ſollen. In einem gewiſſen Zuſammenhang mit dieſem Gegenſatz ſteht die Verſchiedenheit der Auffaſſung des Problems der **Minoritäten**. Für die europäiſche Völkerrechtsgemeinſchaft der nächſten Zukunft iſt eine gerechte Löſung dieſes Problems geradezu eine Lebensfrage; die amerikaniſchen Staaten kennen zwar ein Raſſenproblem, das vielfach zugleich ein Klaſſenproblem iſt, nicht aber eine Minoritätenfrage im europäiſchen Sinne. Alle amerikaniſchen Länder ſind mehr oder weniger Schmelztiegel geworden, in denen die verſchiedenen Völkerſplitter, die einwanderten, durcheinandergerührt und ſchließlich amalgamiert werden. Nur in ſeltenen Fällen können alte, eingeſeſſene Bevölkerungsteile beſtimmter Nationalität auf zuſammenhängender Siedlungsfläche Anſpruch auf ein kulturelles Eigenleben erheben. Dieſer Anſpruch bedarf aber in Amerika kaum einer internationalen Regelung, weil einerſeits die liberale Verfaſſung aller Staaten ihn ohne weiteres theoretiſch anerkennt, andererſeits das praktiſche Intereſſe aller Einwohner, am öffentlichen Leben der Staatsgemeinſchaft teilzunehmen, die Sonderkultur der Minderheit in den meiſten Fällen über kurz oder lang in der Kultur des Staatsvolkes untergehen läßt.

So iſt es nicht verwunderlich, daß die panamerikaniſchen Beſtrebungen zur Schaffung eines amerikaniſchen Völkerrechts große Fortſchritte gemacht haben. Teils durch Verträge zwiſchen einzelnen Staaten Nord- und Südamerikas, teils durch allgemeine panamerikaniſche Vereinbarungen — von denen ich nur die von Montevideo, Waſhington und Havana erwähne — iſt amerikaniſches Völkerrecht bereits in erheblichem Umfange kodifiziert worden. Die Gefahr rückt näher, daß die alte und die neue Welt in der Organiſation ihrer völkerrechtlichen Gemeinſchaften auseinanderfallen und infolgedeſſen zur friedlichen Erledigung von Streitfragen, die zwiſchen den beiden Gruppen entſtehen könnten, keinen gemeinſamen Rechtsboden mehr finden. Damit würde aber der Gedanke eines **Weltgerichtshofes**, dem die Vereinigten Staaten von Amerika lange Zeit ſo ſkeptiſch gegenüberſtanden, illuſoriſch gemacht; denn ohne gemeinſames Recht iſt kein gemeinſames Gericht denkbar.

Es iſt das große Verdienſt zweier hervorragender Amerikaner, dieſe Gefahr erkannt und ihren ganzen Einfluß eingeſetzt zu haben, um ſie zu bannen. Der eine iſt der berühmte Staatsmann und Juriſt **Elihu Root**. Ihm iſt es gelungen, die letzten Hinderniſſe für den Beitritt der Vereinigten Staaten zum Haager Gerichtshof aus dem Wege zu räumen. Der andere iſt der hochverdiente Präſident des Inſtitut de Droit International, Dr. **James Brown Scott**. In einer denkwürdigen Eröffnungsanſprache auf der Tagung des Inſtituts in Lauſanne (1927) hat er die Forderung der **Einheit des Völkerrechts** für alle Staaten der Erde mit größter Energie verfochten, und es liegt in der Linie dieſer Forderung, daß er als einflußreicher Vertreter der Carnegie-Stiftung die treibende Kraft für die Einladung nach New York geworden iſt, der zahlreiche europäiſche Mitglieder des Inſtitut de Droit International Folge geleiſtet haben.

Es iſt das erſtemal, daß das Inſtitut außerhalb Europas tagt. Schon deshalb wird die diesjährige Konferenz in ſeiner Geſchichte Epoche machen. Noch ſtärker aber iſt die Bedeutung der Tatſache, daß die Arbeit des Inſtituts für einige Wochen im Blickpunkt der amerikaniſchen Oeffentlichkeit ſtehen wird. Amerika hat der Welt ſchon eine große Zahl hervorragender Völkerrechtslehrer geſchenkt, die in Europa allgemeines Anſehen genießen. Ich brauche nur an die Namen Story, Kent, John Baſſett Moore aus Nordamerika, Calvo, Buſtamante, Alvarez aus Mittel- und Südamerika zu erinnern. Das „American Journal of International Law“ iſt ſicherlich eine der glänzendſten völkerrechtlichen Zeitſchriften der Welt. Man kann verſtehen, daß Amerika glaubt, auch in dieſer Hinſicht Europas nicht mehr zu bedürfen, ihm vielmehr von ſeinem Reichtum mitteilen zu können; gewichtige Stimmen haben ſich — z. B. auf der Konferenz von Havana — in dieſem Sinne ausgeſprochen. Da iſt es doppelt wichtig, daß ſeiner Oeffentlichkeit die europäiſchen Arbeitsgenoſſen perſönlich bekannt werden, die heute die Träger der alten berühmten Tradition des Abendlandes ſind und daß Völkerrechtslehrer der alten und neuen Welt gemeinſam auf amerikaniſchem Boden an der Klärung der ſchwierigen Fragen arbeiten, die durch das ſtaatliche Zuſammenleben in allen Kontinenten gleichmäßig aufgeworfen werden.

Dieſe Zuſammenarbeit iſt ſchon auf der Ueberfahrt über den Atlantik vorbereitet worden; der Präſident des Inſtituts hat ſeine europäiſchen Kollegen bereits bei ihrer Einſchiffung in Bremerhaven, Southampton und Cherbourg begrüßt und ihnen Gelegenheit zu Kommiſſionsſitzungen gegeben. Deutſchland iſt auf dem George Waſhington durch Profeſſor Schücking aus Kiel, Profeſſor Strupp aus Frankfurt a. M., Profeſſor Wehberg aus Genf und durch mich vertreten; Profeſſor Herbert Kraus aus Göttingen befindet ſich bereits in den Vereinigten Staaten.

Die Tagesordnung der Konferenz kann endgültig erſt in New York feſtgelegt werden. Ueber ihren Inhalt und über die Erledigung der einzelnen Aufgaben, die der Konferenz geſtellt ſind, wird in einem weiteren Artikel zu berichten ſein.

Die Ausſichten für einen erfolgreichen Verlauf der Tagung ſind jedenfalls durch den Auftakt der gemeinſamen Seefahrt noch günſtiger geworden. Nicht nur in den offiziellen Sitzungen, auch in den freien Ausſprachen, zu denen das Leben an Bord ſo vielfach Gelegenheit bietet, klären ſich die Meinungen, kommen ſich die Auffaſſungen näher. Von großem Werte iſt dabei die intime, rein menſchliche Berührung, in die auch auf einem ſo großen Dampfer wie dem George Waſhington die Solidarität der Reiſeintereſſen alle Fahrtgenoſſen bringt. Sie zeigte ſich in ergreifender Weiſe, als uns die Funknachricht von dem **Hinſcheiden des deutſchen Außenminiſters** erreichte. Da war kein Kollege, der uns nicht in herzlichſter Form, manchmal mit Tränen in den Augen, ſeine Teilnahme an dem ſchweren Verluſt und ſeine Anerkennung der hohen Verdienſte des Verſtorbenen ausgeſprochen hätte. Der Ausdruck ſolcher Teilnahme tat uns Deutſchen doppelt gut auf einem Schiffe, das deutſcher Baukunſt ſein Entſtehen verdankt, das ehemals die deutſche Flagge führte, nun aber das Sternenbanner gehißt hat. Indem dieſes Schiff uns dem eigentlichen Gewinner des Weltkrieges, dem mächtigen Gemeinweſen der Vereinigten Staaten entgegenträgt, erinnert es uns immer wieder daran, daß Deutſchland den größten Krieg der Weltgeſchichte verloren hat und nur auf dem Boden des internationalen Rechts ſeinen Wiederaufſtieg erwarten kann.

(Ein weiterer Artikel folgt.)

„Gott in Frankreich?“

Ein Verſuch.

Von Friedrich Sieburg.

Wein und Brot*).

Die Natur dient dem franzöſiſchen Menſchen, um ihn zu erhöhen. Die Nahrung wird der Erde nicht entriſſen, ſie bietet ſich dar. Dem Reichtum des Bodens verdankt er es, daß er auch im Eſſen und Trinken ſeine Geſittung entfalten kann. Frankreichs Weine ſind von ſolcher Herrlichkeit und Vielfalt, daß ihr Genuß faſt zur geiſtigen Tätigkeit wird. Auch der ärmſte Landarbeiter oder Großſtadtproletarier trinkt ſeinen Rotwein oder Apfelwein, die dank ihrer Flüchtigkeit und Durchſichtigkeit den ſchweren Rauſch unmöglich machen, dem Geſchmack aber ganz andere Differenzierungspflichten auferlegen als Schnaps, Bier oder Waſſer. Denn es ſind nicht nur die „grands crus“, die Phyſiognomie haben. Auch die „petits vins“, die nicht gewichtig genug ſind, um den Transport in die Städte zu lohnen oder zu ertragen, laſſen jenen eigentümlichen Geiſt entſteigen, der das Lebensgefühl des Trinkenden erhöht. Es gibt in der Touraine, auch bei Pouilly und im Jura in einem Jahre weißliche Sorten, die durch ihre ſäuerliche Friſche, ihre kindliche Leichtigkeit unvergeßlich werden — und die man im nächſten Jahre dort vergeblich ſucht. Nicht anders iſt es in Burgund, wo man dem Wanderer einen offenen Wein auf den Tiſch ſetzt, der gerade wegen ſeiner Einmaligkeit dauernde Erinnerungen an ſeine ölige, faſt ſtoffliche Schwere hinterläßt. Man ſpürt das ganze Land in ihm, die üppige Hügelpracht, den goldenen Himmel, die nachdenkliche Heiterkeit ſeiner Bewohner. Es iſt klar, daß jeder, der ſie trinkt und dieſer Spiegelung verfällt, einen Augenblick gleichſam nach innen ſchaut und ſich beſinnt.

Um dieſes Augenblicks willen verdient der Wein ſeinen Platz im Bilde der menſchlichen Geſittung. Ganz zu ſchweigen von den großen Marken, deren Genuß ſoviel Urteil und Sammlung erfordert, daß ſie kaum noch zur Materie gerechnet werden können. Es gibt eine ganze Wiſſenſchaft von dieſen Weinen, von ihren Standorten und Jahrgängen und ſchließlich von ihrer Verwendung bei den Mahlzeiten. Die eleganten Bordeaux, die witzig machen und die Geſelligkeit adeln, die ſchweren Sorten von der Côte d'or, die den philoſophiſchen Geiſt im Menſchen frei machen, ſeinen Worten Gewicht geben und die Speiſen, zu denen ſie getrunken werden, von jedem Erdenreſt befreien, die Gewächſe von der Loire, die mit der Fröhlichkeit eine ins Weite ſchauende Jugend ſchenken, die Sorten von der Côte du Rhône, die den Trinkenden ſeßhaft machen und ihn zwingen, ſich der Erde bewußt zu werden, aus der ſie ſtammen, und endlich die ſeltenen Pyrenäenſorten, welche die Berge durchſichtig machen, Luſt zu wandern und eine ſtille Unruhe geben — dieſe Hierarchie, die unerſchöpflich iſt, ſchwingt ſich wie ein anmutiger Bogen über dem franzöſiſchen Leben hin. Wer mit ihnen Beſcheid weiß, wer ſie baut, ordnet und genießt, iſt oft ebenſo ein „lettré“, wie ein Kenner Montaignes und Lafontaines. Weintrinker von diesſeits und jenſeits der Grenze werden ſich immer leicht zuſammenfinden, ihre volksmäßigen Verſchiedenheiten werden durch die Hingabe an den gleichen Stoff eher und feſter überbrückt als durch ſogenannten kulturellen Austauſch. Es iſt ja kein Zufall, daß die weinbauenden Teile Deutſchlands den „römiſchen Hauch“, deſſen ſich Frankreich rühmen darf, ebenfalls verſpürt haben. Hier waltet eine Verbundenheit, die im Mittelalter Weltform war. Die adligen Gewächſe von Rhein und Moſel, aus Franken und der Pfalz ſind der Beitrag einer vermenſchlichten Natur zu dem hohen Bilde, das einſt durch die Kraft des Glaubens und ſeine Verleibung in Farbe, Kontur und Stein, in Städtebau und Domkirchen, in beredter Schrift und der innigen Arbeit frommer Pinſel Gottes Wohlgefallen war. Der Wein macht uns verwandt im Geiſt.

Der Franzoſe verpönt den Rauſch, und der Wein leiht ſich dazu nicht her, da er das Bewußtſein nicht trübt, ſondern verſchärft und belebt. Deutſchtümler werfen dem Franzoſen von Zeit zu Zeit den Mangel an Trinkliedern vor —, nun wohl, wie ſoll man zum Wein ſingen, wenn man reden muß! Singen iſt die erſte Stufe des Außerſichſeins, aber der Franzoſe will vom Wein die Entmaterialiſierung des Geſprächs, ſtärkere Kühnheit des Gedankens, kurz, Konzentration. Die gleiche Rolle teilt er ihm bei den **Mahlzeiten** zu, mit denen er faſt immer verbunden iſt, denn der Franzoſe ſetzt ſich lieber an den gutbeſtellten Tiſch als zur einſamen Flaſche. Maß iſt auch hier das Geſetz des Genuſſes. Eine Mahlzeit muß aufgebaut, muß komponiert ſein, ſeien die Gerichte auch noch ſo beſcheiden. So weſentlich iſt die Anordnung, daß die Speiſen ſich faſt wie ein Rahmen um den Kern, das weiße Weizenbrot, ausnehmen, das die bewußte Urform alles Eſſens iſt. Es gilt nicht, ein Gericht zu vertilgen und ſich damit die Genugtuung der Sättigung zu verſchaffen; die Wonne des Speiſens liegt in der durchdachten Steigerung einzelner Elemente, an denen nur gekoſtet wird. Das Menu iſt der Ausdruck des franzöſiſchen Ziviliſationsgedankens beim Eſſen. Es verrät ebenſowohl Ordnung wie Dauer, denn die Reihenfolge der Speiſen iſt unveränderlich und für alle Klaſſen und Qualitäten bindend. Der Fremde, der ſich in einem von Ausländern noch nicht zerrütteten Gaſthaus damit begnügen wollte, ſechs Sorten Gemüſe und ſonſt nichts zum Diner zu nehmen, würde ſich den Ruf eines Störenfriedes erwerben und ſchlecht bedient werden. Er hat, um als geſittet zu gelten, dem Ritual zu folgen, das von alters her feſtſteht und ſich der gegliederten Polyphonie des Menus zu unterwerfen. Der Wirt iſt jederzeit bereit, den Suchenden zu beraten und ſeinem irrenden Geiſt die nötige Richtung zu geben, aber er kann keine Ausſchweifungen dulden. Andererſeits kann man ſich durch Beiſteuerung ſelbſtändiger Gedanken, z. B. in bezug auf eine Gewürzzutat oder den Feſtigkeitsgrad einer Sauce den Ruf eines geiſtvollen Mannes erwerben. Man wird jedoch gut daran tun, dieſe Initiative nicht zu weit zu treiben und nicht darauf zu beſtehen, die geſchmorten Pilze gleichzeitig mit dem Hammelrippchen zu eſſen, ſelbſt wenn es der niedrige Trieb noch ſo gebieteriſch verlangen ſollte. Und es wäre ein Irrtum, zu glauben, daß man es ſich in einem einfachen Dorfwirtshaus eher erlauben könne auszubrechen als in einem vergoldeten Spiegelſälchen im Zentrum von Paris. Denn mögen Rohſtoff und Auswahl noch ſo beſchränkt ſein, auch der Bauer und der Kleinbürger halten an der Hierarchie der Platten feſt. Auch ſie wollen koſten, nicht eſſen. Man kann ſich denken, daß unter dieſen Umſtänden eine praktiſche Maſſenverpflegung im Rahmen ſozialer Veranſtaltungen nur ſchwer durchzuführen iſt. Der Franzoſe beſteht eben bis zur äußerſten Möglichkeit darauf, genießender Menſch, nicht Konſument zu ſein und an einer Form der Nahrungsaufnahme teilzunehmen, dank der die Stunden der Mahlzeiten kein Zurückſinken ins Animaliſche, ſondern eine Bereicherung des Alltags ſind. Die franzöſiſche Küche kämpft ſeit einem Jahrzehnt einen ſchweren Kampf mit den Anforderungen der wenig geſchulten Ausländer, die für das Fortbeſtehen der Gaſtſtätten zwar unentbehrlich ſind, aber der Speiſetradition kein Verſtändnis entgegenbringen oder was noch ſchlimmer iſt, ihren eigenen anarchiſchen Geſchmack mitführen und ihn befriedigen wollen. Faſt noch verderblicher als die Amerikaner, die am liebſten alles auf einmal und zwar roh eſſen möchten, ſind in Paris die Ruſſen, die weniger als Konſumenten und mehr als Wirte und Köche auftreten und dank ihrer ſchmeichelnden und anpaſſungsfähigen Methoden jene barbariſchen und von Saft und Fett triefenden Platten einführen, die ſich kaum durch die ſchärfſten Schnäpſe entſtofflichen laſſen und ſchließlich jene langgezogene Traurigkeit oder gefährliche Heiterkeit erzeugen, die von der „Gaîté“ durch mehr als durch ganz Europa getrennt iſt. Der Feinſchmecker muß von Jahr zu Jahr ſozial tiefer ſteigen, um wenigſtens in den einfachen Gaſtſtätten noch die alte Ordnung und Sicherheit, wenn auch in gröberer Form, zu finden. Freilich hat die Tradition der Küche in Frankreich Hüter. Eine Fülle glänzender Schriftſteller von Brillat-Savarin bis zu Léon Daudet rechnet zum Dienſt an der Tradition auch die Pflege der kulinariſchen Ordnung und Qualität.

Zahlreiche Gebildete folgen ihnen auf dieſem Wege und erachten es ihrer Bildung als angemeſſen, Weinbergſchnecken, Bekaſſinen, Nieren in Weißwein, Rebhühner in Grünkohl, gebackenen Hummer, Wachtelpaſtete, Rindslende mit Mark, Auſternſuppe und Huhn in Brotteig ſamt dreißig Sorten Käſe ſamt der Ordnung, in der ſie genoſſen, ſamt den Weinen, die dazu getrunken werden, ebenſo in den Kosmos ihrer Nation einzubeziehen, wie die Grammatik oder die Kunſt zu reden. Glücklicherweiſe liegt für ihn nichts ſozial Anrüchiges darin, ſich einer wohlbeſtellten Tafel hinzugeben, denn er weiß ſein Land reich an Korn, Wein und allem Eßbaren, er kennt die Milde ſeiner Jahreszeiten ebenſo gut wie die Eigentümlichkeit auch ſeiner ärmſten Landsleute, zuletzt am Eſſen zu ſparen. Er hat auch hier ein gutes Gewiſſen.

Geſchmack und „goût“.

Der Franzoſe kann Höflichkeit nicht entbehren, und wenn er ſie ſich und anderen verſagt, ſo tut er dies nur, um die Quelle zu ſchützen, aus der ſie ſtammt. Er iſt ſo ſehr Menſch, daß es ihm keinen Abbruch tut, wenn die Höflichkeit für ihn mehr eine äſthetiſche als moraliſche Kategorie iſt. Es gilt zu begreifen, was der Geſchmack, der „goût“, für ihn bedeutet. Denn in dieſem Wort iſt ſowohl das enthalten, was ihn vor anderen Völkern auszeichnet als auch das, was ihn von dieſen trennt. Die Auffaſſung vom goût iſt eine der großen Schwierigkeiten für die Erkenntnis des franzöſiſchen Weſens, das gerade uns in dieſem Punkte um ſo fremder, um nicht zu ſagen exotiſcher erſcheint als wir gewöhnt ſind, den Geſchmack als einen beiläufigen, oder doch jedenfalls nicht zentralen Begriff aufzufaſſen. Wenn wir eine Leiſtung als geſchmackvoll bezeichnen, ſo wollen wir ihr damit höchſtens eine gewiſſe Gefälligkeit nachſagen, gleichzeitig aber klingt auch der Mangel an Kraft, Weſentlichkeit und Genialität mit. Wem von uns könnte es wohl einfallen, die Deckenmalereien in der Sixtiniſchen Kapelle geſchmackvoll zu finden? Hieße das nicht dem Urteil den Tadel gegen das Nur-Dekorative, das geſellſchaftlich Verbindliche und Leidenſchaftsloſe beimeſſen? Der Geſchmack — ſo ſcheint es — äußert ſich gern im Schnörkel, im Spieleriſchen und iſt immer an eine Form geheftet, die geſellſchaftlich bedingt iſt. Freilich fällt es uns ja auch ſchwer, gerade in der ſoziologiſchen Gebundenheit einer Geiſtäußerung etwas anderes zu ſehen als eine Schwäche und Gefährdung der Unbedingtheit. Stände uns der franzöſiſche Ziviliſationsbegriff zur Verfügung, ſo wäre eben alles anders. Wir würden dann der Anſicht ſein, daß jede künſtleriſche und intellektuelle Tat immer dort den wahren Wert habe, wo ſie aus dem Gemeinſchaftsgefühl der Ziviliſation geboren ſei und dieſe beſtätige. Da der franzöſiſche Geiſt am höchſten in der Konſolidierung zu wirken glaubt, ſieht er ſich auch berechtigt, die Taten an der Norm der Geſittung zu meſſen und ſolche als geſchmacklos zu verwerfen, die ſich außerhalb dieſer Norm zu behaupten wagen oder ſich

---

*) Aus dem in Kürze erſcheinenden Buch Sieburgs „Gott in Frankreich?“ (Verlag Frankfurter Societäts-Druckerei G. m. b. H., Frankfurt). Vergl. auch den Abſchnitt „Die heilige Johanna“, den wir im Erſten Morgenblatt vom 25. Oktober gebracht haben. Die hier folgenden drei Kapitel gehören zu dem Abſchnitt „Die Ziviliſation“.

Sklarek-Ausſchuß des Landtags.

Vernehmung des Bürgermeiſters von Köpenick.

(Privattelegramm der „Frankfurter Zeitung“.)

‡ **Berlin**, 31. Okt. Der Sklarekausſchuß des preußiſchen Landtags vernahm heute mehrere der im Sklarek-Falle perſönlich Angegriffenen. Zuerſt hörte er den Bürgermeiſter von Köpenick, **Kohl** (Soz.), der zur Zeit beurlaubt iſt und ſeine Ausſagen aus dem Gedächtnis machte. Kohl war längere Zeit Vorſitzender des Aufſichtsrates der B. A.-G. und der K. V. G., iſt aber aus der einen Geſellſchaft bereits 1923, aus der anderen 1926 ausgeſchieden. Ueber ſeinen Verkehr mit den Sklareks äußerte er ſich dahin, daß dieſer erſt begonnen hätte, als er ſelbſt bereits mit der B. A.-G. und der K. V. G. nichts mehr zu tun hatte. Ueber geſchäftliche Angelegenheiten ſei dabei nicht geſprochen worden. Die Vorwürfe wegen des Ankaufes einer Villa, die man gegen ihn erhoben hatte, empfinde er als völlig unberechtigt. Er habe die Mittel dazu bei einem Bankhaus aufgenommen, ſie aber durch eine Hypothek abgelöſt, da die Zinſen zu hoch geweſen ſeien. Der Kauf des Hauſes habe mit ſeinem Verkehr bei den Sklareks nichts zu tun.

In ſachlicher Beziehung waren ſowohl ſeine Darſtellungen als die anſchließende Diskuſſion wenig ergiebig. Kohl betonte u. a., zu ſeiner Zeit ſei Sklarek zwar einer der Hauptlieferanten, aber nicht der einzige geweſen. Er habe immer verlangt, daß auch die Offerten der Konkurrenz geprüft würden. Bei der Uebernahme des Warenlagers ſei die Firma Sklarek die einzige leiſtungsfähige Firma geweſen, die bereit war, das Lager ganz zu übernehmen, ohne auf die Preiſe zu drücken. Der erſte Vertrag mit der Firma, für den allein ſeine eigene Beteiligung in Betracht komme, ſei für die Stadt nicht ungünſtig geweſen. Kieburg habe man von einer Neuköllner Dienſtſtelle in die B. A.-G. übernommen, wahrſcheinlich auf Empfehlung ſtädtiſcher Stellen. Daß Kieburg ſchon früher mit Defizit gearbeitet habe, hätte er nicht gewußt. Auch während der Zuſammenarbeit ſei Nachteiliges über ihn nicht bekannt geworden. Sein perſönlicher Verkehr mit den Sklareks ſei nicht aufgefallen. Bei größeren Einkäufen ſei der Aufſichtsrat gehört worden, dem Kieburg und Kiſtenmacher Vortrag hielten. Zu ſeiner Zeit war die Verbindung mit den Sklareks nicht erheblich geweſen. Mit Bewilligung des Kämmerers und des Ausſchuſſes der Finanzdeputation ſeien Käufe etwa im Werte von einer halben Million getätigt worden. Das Defizit von über einer Million, das bei der K. V. G. entſtand, erklärte der Zeuge dadurch, daß das Geſchäftskapital von 20 000 Mark zu gering geweſen ſei, ſo daß man hohe Kredite mit großen Zinslaſten habe aufnehmen müſſen. Auch litt die Geſellſchaft unter den allgemeinen Verluſten der Inflationszeit. 1924/25 ſei plötzlich ein ſtarker Umſatzrückgang eingetreten und gleichzeitig ſei es unmöglich geweſen, die großen Lagerbeſtände von Waren, die in der Kriegszeit hergeſtellt waren, loszuwerden, da keiner mehr Kriegsware kaufen wollte. Das Anwachſen des Defizits und die Ueberſchuldung der Geſellſchaft habe ſich nicht bemerkbar gemacht, da die Verluſte in den von Kieburg vorgelegten Bilanzen zunächſt noch nicht erſchienen, weil ſehr große Lagerbeſtände vorhanden waren, die Anlaß zur Hoffnung auf eine Beſſerung des Status gaben.

Auf ſehr eingehende Befragung konnte der Zeuge zum Teil keine Erklärungen abgeben, da ihm die Akten nicht mehr zugänglich waren und er auch wenig Zeit zur Vorbereitung infolge der plötzlichen Vernehmung hatte. Neben vielen unwichtigen Einzelheiten bekundete Kohl, der Abſtoßung des Warenlagers der K. V. G. an die Sklareks hätten außer dem Aufſichtsrat und der Liquidatoren auch der Kämmerer, der Stadtſyndikus und die Rechnungskammer zugeſtimmt. Sogenannte „Attrappen“ ſeien im Lager nicht vorhanden geweſen. Bei dem Taxwert für die Sklareks habe man die ausgezeichneten Preiſe zugrunde gelegt; ein Abſchlag von 10 bis 15 Prozent ſei mit Rückſicht auf die plötzliche Uebernahme des geſamten Lagers und mit Rückſicht auf die Verpflichtung zur Mitübernahme des Perſonals und zur Feſtſetzung beſtimmter Verkaufspreiſe gewährt worden.

Von einem Ankauf ſchlechter Waren ſei ihm nichts bekannt,

zu ſeiner Zeit ſeien auch Klagen über die Beſchaffenheit der Waren nicht laut geworden, allerdings habe man damals auch noch Kriegsware abgeſtoßen. Auch von Fehlbuchungen, die die Differenz zwiſchen dem Bilanzverluſt der B. A.-G. von 71 000 Mark Ende 1924 gegenüber dem Verluſt bei der Liquidation von 1,16 Mill. Mark erklären könnte, wiſſe er nichts. Am Schluſſe der Vernehmung konnten dann noch zwei intereſſante Feſtſtellungen gemacht werden: einmal daß Kohl nach Niederlegung des Poſtens des Erſten Vorſitzenden des Aufſichtsrates als Zweiter Vorſitzender im Aufſichtsrat verblieben war, und zweitens wurde im Rahmen einer umfangreichen Diskuſſion über die Frage, ob nicht auch Mißwirtſchaft in bezug auf zu hohe Gehälter an leitende Beamte getrieben worden ſei, feſtgeſtellt, daß der Geſchäftsführer Kieburg etwa das Gehalt eines Regierungspräſidenten plus 30 Prozent bezogen hatte.

Später kam es wieder zu

erregten Auseinanderſetzungen zwiſchen den Parteien,

da den Rechtsparteien vorgeworfen wurde, ſie wollten die Vernehmung des Stadtrats Gäbel verhindern.

*

Im Sklarek-Unterſuchungsausſchuß des Preußiſchen Landtags wurde heute vormittag behauptet, der Bürgermeiſter Kohl ſei vom Amte ſuſpendiert und es ſchwebe ein Diſziplinarverfahren gegen ihn. Der Diſziplinarbehörde iſt davon nichts bekannt. Möglich iſt allenfalls, daß Erwägungen in dieſer Hinſicht beſtanden haben, die zu einem Ergebnis bisher jedoch noch nicht geführt haben.

Die Rückkehr des Oberbürgermeiſters Böß

(Privattelegramm der „Frankfurter Zeitung“.)

△ **Bremen**, 31. Okt. Obwohl durch die Preſſe bekannt geworden war, daß Oberbürgermeiſter Böß mit dem Schnelldampfer „Bremen“ des Norddeutſchen Lloyd heute morgen in Bremerhaven eintreffen würde, war an der Columbus-Kaje, die wie üblich bei Schiffsankünften geſperrt war, hinter der Sperre kaum mehr Publikum als ſonſt zuſammengekommen. Neben einigen Preſſevertretern waren noch mehrere Photographen bereit für den Empfang. Außerdem hatten ſich vielleicht 200 Neugierige, nicht viel mehr als ſonſt bei Ankunft der „Bremen“, eingefunden. Oberbürgermeiſter Böß verließ mit ſeiner Gattin unter dem übrigen Publikum erſter Klaſſe das Schiff. Bürgermeiſter Dr. Scholz, der mit zwei Magiſtratsherren von Berlin geſtern ſchon in Bremerhaven angekommen war, war auf einem Tender der „Bremen“ entgegengefahren und auf der Weſer an Bord gegangen, um dem Oberbürgermeiſter zu ſeiner Orientierung ſchon an Bord das Aktenmaterial zu übergeben. Interviews mit der Preſſe lehnte Oberbürgermeiſter in verbindlicher Form, aber entſchieden ab. Als Oberbürgermeiſter Böß das Schiff verließ, wurde im Publikum hinter der Abſperrung eine fünf Meter lange Fahne entfaltet, auf der ſtand: „Sklarek-Pelze 4000 Reichsmark, für Böß 400 Reichsmark“. Oberbürgermeiſter Böß und ſeine Gattin fuhren mit dem Lloydſonderzug nach Bremerhaven und werden 16.22 Uhr mit dem Sonderzug Bremen—Berlin nach Berlin weiterfahren, wo ſie gegen 22 Uhr ankommen dürften.

Ein deutſchnationales Kunſtſtück.

Die Schlange beißt ſich in den eigenen Schwanz.

(Privattelegramm der „Frankfurter Zeitung“.)

‡ **Berlin**, 31. Okt. Die Deutſchnationalen haben ſich am geſtrigen Tage im Zuſammenhang mit dem Fall Sklarek ein Kunſtſtück geleiſtet, das der Vergeſſenheit entriſſen zu werden verdient. Im Sklarekausſchuß des Landtags ſpielten ſie die moraliſch Empörten, weil die Unterſuchungsbehörde, das Oberpräſidium, trotz der „haarſträubenden Zuſtände“ nicht ſchon in den Jahren 1926 und 1927 eingegriffen habe. Dieſes Eingreifen iſt ja nunmehr erfolgt, da erſt jetzt eine Handhabe dazu vorhanden war, und zwar richtete es ſich bekanntlich gegen einen deutſchnationalen Stadtverordneten, Herrn Bunge, der im Kreditausſchuß ſitzt. Darauf beſchloß die deutſchnationale Fraktion des Berliner Rathauſes am gleichen Tage, einen Antrag einzubringen, der dies Vorgehen des Oberpräſidiums als Eingriff in die Selbſtverwaltung brandmarkt und zurückweiſt. Das Reformbedürfnis der Deutſchnationalen ſcheint in bezug auf andere Parteien größer zu ſein als in bezug auf ihre eigene.

Die gemiſchte Deputation, welche der Magiſtrat der Stadtverordnetenverſammlung zur Nachprüfung des Erſuchens des Oberpräſidiums auf Abberufung der drei Stadtverordneten aus dem Kreditausſchuß vorſchlägt, ſoll ſich aus 17 Stadtverordneten und acht Magiſtratsmitgliedern, alſo aus 25 Mitgliedern zuſammenſetzen. Ob ſich dieſer Ausſchuß auf die Prüfung der einen Frage beſchränken wird, bleibt fraglich, da die Stimmen ſich mehren, die aus ihm einen neuen Unterſuchungsausſchuß für die geſamten Vorgänge machen wollen.

Die Verhandlungspauſe in Baden-Baden

Die Frage des Sitzes der Internationalen Bank.

(Privattelegramm der „Frankfurter Zeitung“.)

□ **Baden-Baden**, 31. Okt. Nachdem die endgültige Faſſung der Statuten der Internationalen Bank und die Charter abgeſchloſſen ſind, wird die Zeit bis zur nächſten Vollſitzung am Montag mit den Vorarbeiten des Unterkomitees für die Treuhänderverträge ausgefüllt ſein. Wie lange die Debatten des Vollkomitees über dieſen ſehr bedeutungsvollen Punkt dauern werden, läßt ſich im Augenblick noch nicht ſagen. Jedenfalls rückt gleichzeitig jetzt auch die Frage nach dem Sitz der Bank deutlicher in den Vordergrund und meldet ſich allmählich zur Entſcheidung. Wie ſchon vor einigen Tagen berichtet, iſt die Sitzfrage noch nicht Gegenſtand offizieller Beratungen geweſen. Es iſt jedoch bekannt, daß zu dieſer Frage verſchiedenartige Vorſchläge und Wünſche, wenn auch nicht in fixierter Form, vorhanden ſind. Denn ſchon zu Beginn der hieſigen Tagungen iſt mancherlei, wenn auch nicht immer Kontrollierbares, hierüber durchgeſickert. Damals ſchon verlautete inoffiziell, daß Brüſſel Anſpruch auf den Bankſitz erhebe. Inzwiſchen aber war es um dieſen Wunſch offenbar — nach außen hin wenigſtens — wieder etwas ſtiller geworden. Wenn aber nun ausländiſche Blätter in den letzten Tagen Brüſſel als vermutlichen Sitz der Internationalen Bank wiederum auffälliger nennen, ſo iſt dazu zu wiederholen, daß nichts geſchehen iſt, was dieſe Vermutung mehr als bisher rechtfertigen könnte. Man kann ſogar im Gegenteil ſagen, daß der belgiſche Vorſchlag von der deutſchen Delegation unter keinen Umſtänden gebilligt wird, da die bisher vorhandenen Hemmungen auch weiterhin beſtehen.

Die Unterſuchung der Bombenattentate

P **Hamburg**, 31. Okt. (Priv.-Tel.) Entgegen einer in der Hamburger Rechtspreſſe mitgeteilten Erklärung des Rechtsbeiſtandes und der Mutter der in die Bombenaffäre verwickelten Gebrüder Kaphengſt teilt einer der in Altona zur Zeit tätigen Berliner Unterſuchungsbeamten mit, daß Alfred Kaphengſt nicht nur verdächtig, ſondern überführt ſei, an der Herſtellung der Bomben und ihrer verbrecheriſchen Verwendung beteiligt geweſen zu ſein. Es ſei richtig, daß die Herſtellung der Bomben nicht im Hauſe der Kaphengſt, ſondern im Atelier des Kunſtmalers Herbert Schmidt vorgenommen worden ſei. Wie die Behörde weiter feſtgeſtellt hat, gehörte Alfred Kaphengſt nicht der Nationalſozialiſtiſchen Partei an. Er war Mitglied des Wiking-Bundes. Der jüngere Bruder Erwin Kaphengſt beſtreitet, wie auch in der Erklärung mitgeteilt wird, jede Schuld und iſt deswegen auch aus der Haft entlaſſen worden.

Bewilligungs- und Kontrollrecht des Reichstags.

Aus dem Haushaltsausſchuß.

(Privattelegramm der „Frankfurter Zeitung“.)

‡ **Berlin**, 31. Okt. Der Haushaltsausſchuß des Reichstags ſetzte heute die Beratung der Novelle zur Haushaltsordnung fort. Nach der vorläufigen Faſſung lautet der § 14:

„Einmalige und außerordentliche Ausgaben für bauliche Unternehmungen des Reiches ſind erſt dann in den Haushaltsplan einzuſtellen, wenn Pläne und Koſtenberechnungen vorliegen, aus denen die Art der Ausführung und die Koſten der baulichen Maßnahmen ausreichend erſichtlich ſind. Ausnahmen hiervon ſind nur ſtatthaft, wenn es bei baulichen Unternehmungen mit einem Koſtenaufwand von weniger als 250 000 Mark nicht möglich iſt, die Pläne und Berechnungen rechtzeitig herzuſtellen und dem Reiche aus der Hinausſchiebung der Ausgabenbewilligung ein Schaden erwachſen würde. Die Notwendigkeit der Ausnahme iſt im Haushaltsplan ausführlich zu begründen. Die Pläne und Koſtenberechnungen ſind in dieſem Falle ſo bald als möglich nachzureichen.“

Es handelt ſich hier um die prinzipiell bedeutſame Frage, ob eine vom Reichstage erfolgte Bewilligung einer Etatsposition für den Reichsfinanzminiſter nur eine Ermächtigung darſtellt, Ausgaben bis zur Höhe dieſer Etatsposition zu vollziehen oder ob der Reichsfinanzminiſter verpflichtet iſt, die in Frage kommende Etatsſumme zu verausgaben. Im Laufe der Debatte beantragte der Berichterſtatter Dr. Schreiber (Z.), daß die in der Begründung der Reichsregierung vorgetragene Auffaſſung, jeder Finanzminiſter ſei ermächtigt, vom Parlament bewilligte Ausgabepoſitionen des Etats nicht zu vollziehen, durch eine protokollariſche Erklärung des Ausſchuſſes abgelehnt werden.

Abg. Stücklen (Soz.) wies darauf hin, daß der Reichstag auch gewiſſe Ermächtigungen geben müſſe, denn die Umſtände, unter denen Bewilligungen geſchehen ſeien, könnten ſich im Laufe der Zeit ändern. Wollte der Reichstag alles bis ins kleinſte beſtimmen und regeln, dann brauchte man ja keine Miniſter und keine hohen Beamten, ſondern nur eine Art Sekretäre, die die Wünſche des Reichstages einfach auszuführen hätten. Die Aufgabe des Reichstages liege aber nicht in der Exekutive, der Reichstag beſtimme vielmehr die Legislative und kontrolliere im übrigen dauernd die Regierung.

Abg. Hergt (Dn.) glaubt den Standpunkt der Regierung, und zwar auch aller bisherigen Regierungen, dahin präziſieren zu ſollen, daß die Regierung durch die Bewilligung des Etatstitels lediglich eine Ermächtigung zur Ausgabe erhalte. Andererſeits müſſe das Parlament darauf beſtehen, daß es Etattitel gebe, bei denen die Regierung angehalten ſein müſſe, den vollen für den beſtimmten Zweck ausgeworfenen Betrag auch auszugeben. Eine Fixierung dieſes Standpunktes in der Haushaltsordnung begegne jedoch zu großen Schwierigkeiten, weshalb ſie nicht zu empfehlen ſei.

Der Vorſitzende des Ausſchuſſes, Abg. Heimann (Soz.) machte ſodann unverbindlich die Anregung, zu überlegen, ob man bei den Etattiteln zwiſchen zwingenden und gewöhnlichen unterſcheiden wolle. Bei den zwingenden Etattiteln müßte dann die Regierung den bewilligten Betrag dem beſtimmten Zweck voll zuführen.

Abg. Hergt (Dn.) erwiderte, daß dadurch Etattitel erſten und zweiten Ranges geſchaffen würden. Als Folge davon würden die Parteien getrieben werden, einen Wettlauf nach ſolchen Etattiteln erſten Ranges zu unternehmen. Das würde aber die ganze parlamentariſche Behandlung des Etats nur verſchärfen.

Abg. Leicht (Bayr. Vp.) ſchlug vor, ſich damit zu begnügen, daß eine Erklärung in das Verhandlungsprotokoll aufgenommen werde, wonach der Ausſchuß der Meinung ſei, daß der Finanzminiſter verpflichtet iſt, Haushaltsmittel, deren Ausgabe durch einen beſonderen Beſchluß des Reichstags in vollem Umfange und vor Ablauf einer beſtimmten Friſt verlangt wurde, in dieſem Umfange und bis zum Ablauf dieſer Friſt für den genannten Zweck auszugeben. Die Abgeordneten Bernhardt (Dm.) und Morath (D. Vp.) beantragten zu § 26 Abſatz 1 des Geſetzes folgenden Zuſatz: „Die Einſparungen dürfen dem vom Reichstag bei Bewilligung einer Ausgabe bekundeten Willen nicht zuwiderlaufen.“

In der dann folgenden Abſtimmung wurde dieſer Antrag abgelehnt, ebenſo der Vorſchlag des Abg. Leicht. Die Vertreter der Deutſchnationalen, der Bayeriſchen Volkspartei, des Zentrums und der Sozialdemokraten erklärten jedoch ausdrücklich, daß durch die Ablehnung des Bernhardt-Morathſchen Antrages nicht etwa bekundet werden ſolle, die ablehnenden Parteien ſtimmten mit der Tendenz des Antrags nicht überein, im Gegenteil, ſachlich ſei eine Uebereinſtimmung vorhanden, lediglich die Einfügung einer derartigen Klauſel in die Reichshaushaltsordnung erſcheine den ablehnenden Parteien nicht opportun.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurden noch verſchiedene Aenderungen der Reichshaushaltsordnung gemäß der Regierungsvorlage genehmigt. Es handelte ſich in der Hauptſache um die Ergänzung der geltenden Vorſchriften der Fragen, die infolge der veränderten Geſtaltung der tatſächlichen Verhältniſſe neu aufgetaucht ſind und deren politiſche und finanzielle Bedeutung eine geſetzliche Regelung erfordert. In der Debatte kam dabei zum Ausdruck, daß das Haushaltsrecht ſeinem Weſen nach in beſtändigem Fluſſe begriffen ſei und daß es daher auch in Zukunft immer wieder erforderlich ſein werde, die Reichshaltsordnung zu ergänzen, ſobald ſich neue Grundſätze des Haushaltsrechts als geſetzesreife herausgebildet hätten. Hierauf vertagte ſich der Ausſchuß auf Dienstag, den 5. November.

Die Führer der „Grünen Front“ beim Reichspräſidenten.

‡ **Berlin**, 31. Okt. (Priv.-Tel.) Die Führer der „Grünen Front“, Miniſter a. D. Dr. Schiele, Miniſter a. D. Dr. Hermes, Miniſter a. D. Dr. Fehr und Landwirtſchaftskammerpräſident Dr. Brandes, haben heute den geſtern von uns angekündigten Beſuch beim Reichspräſidenten gemacht. Sie ſtellten ihm die Notlage der Landwirtſchaft vor und äußerten beſonders ſchwere Beſorgniſſe wegen des Verlaufes der deutſch-polniſchen Handelsvertragsverhandlungen.

Das beleuchtete unbeleuchtete Auto.

Ein vernünftiger Erlaß.

‡ **Berlin**, 31. Okt. (Priv.-Tel.) Der preußiſche Miniſter des Innern hat in einem Erlaß an alle Polizeibehörden angeordnet, daß die Beſitzer unbeleuchteter Kraftfahrzeuge dann nicht anzuzeigen ſind, wenn ihre Fahrzeuge im Scheine anderer, der eigenen Beleuchtung gleichwertigen Lichtquellen ſtehen. Der ſehr bemerkenswerte Erlaß hat folgenden Wortlaut:

„Ich trete der im Urteil des Oberlandgerichts Stuttgart vom 12. Juni 1929 ausgeſprochenen Rechtsanſicht bei, wonach die Pflicht zur Beleuchtung ſtehender Kraftfahrzeuge nicht beſteht, wenn die Fahrzeuge im Schein anderer Lichtquellen ſtehen, die das Fahrzeug und Kennzeichen in gleichem Maße erhellen, wie dies durch eigene Beleuchtung möglich wäre und denen gegenüber die eigene Beleuchtung des Fahrzeuges infolgedeſſen zwecklos iſt. Ich erſuche, im Sinne dieſer Entſcheidung zu verfahren.“

Der preußiſche Innenminiſter hat ſich alſo ungeachtet der vielen entgegenſtehenden Urteile anderer hoher Gerichte, darunter das Kammergericht, für den Spruch des Stuttgarter Oberlandesgerichtes vom 12. Juni ds. Js. und damit gegen formale juriſtiſche Einwände für die Erwägungen des geſunden Menſchenverſtandes entſchieden.

Ein Nationalſozialiſtenprozeß.

(Drahtmeldung unſeres Korreſpondenten.)

X **Worms**, 31. Okt. Geſtern wurde vor dem hieſigen Amtsgericht ein größerer Prozeß gegen die nationalſozialiſtiſchen Redakteure und Verleger der „Fauſt“ wie der Erſatzorgane „Stirn“, „Heſſenhammer“, „Flamme“ und „Eiſenhammer“ durchgeführt. Angeklagt ſind der frühere nationalſozialiſtiſche Reichstagsabgeordnete und Lehrer Hans Dietrich aus Koburg, der hieſige nationalſozialiſtiſche Stadtverordnete Claus Selzner, der Drucker Wilhelm Liebel aus Nürnberg, der Schriftſteller Dr. Walter Kundt aus Worms, der Lehrer Joſef Bürkel aus Musbach und der Kaufmann Friedrich Sauerwein aus Worms wegen Vergehens gegen das Republikſchutzgeſetz und gegen das Preſſegeſetz. Die beiden Angeklagten Dietrich und Dr. Kundt werden aus der Unterſuchungshaft vorgeführt. Den Angeklagten wird zur Laſt gelegt, im Auguſt, September und Oktober vorigen Jahres in Worms und verſchiedenen anderen Orten die verſchiedenen obengenannten nationalſozialiſtiſchen Wochenſchriften verlegt und vertrieben und ſich dadurch ſtrafbar gemacht zu haben, daß dieſe Wochenſchriften Artikel enthielten, die die Reichsverfaſſung und die Reichsfarben beſchimpften. Der Angeklagte Dietrich wird zu zwei Monaten einer Woche Gefängnis abzüglich 12 Tage Unterſuchungshaft, Selzner zu vier Monaten Gefängnis, Dr. Kundt zu zwei Wochen Gefängnis, die durch die Unterſuchungshaft für verbüßt erklärt werden, Liebel an Stelle einer an ſich verwirkten Gefängnisſtrafe von einem Monat zu Geldſtrafen von 500 Mark und 50 Mark verurteilt. Die Einziehung der zum Druck benutzten Platten und die Vernichtung der beſchlagnahmten Zeitungsexemplare wird ausgeſprochen. Die Angeklagten Sauerwein und Bürkel werden freigeſprochen. In der Urteilsbegründung führte der Vorſitzende aus, daß ſich die verurteilten Angeklagten ſtrafbar gemacht hätten dadurch, daß ſie zur Zeit des Republikſchutzgeſetzes Artikel in Zeitungen veröffentlicht hätten, die unbedingt Beleidigungen und Beſchimpfungen der Reichsverfaſſung darſtellen. Eine Beſchimpfung der Reichsfarben konnte nicht feſtgeſtellt und nachgewieſen werden. Die Koſten fallen den Angeklagten, ſoweit ſie verurteilt ſind, zur Laſt.

Die Beſtattung von Arno Holz.

‡ **Berlin**, 31. Okt. (Priv.-Tel.) Geſtern mittag wurden im Wilmersdorfer Krematorium die ſterblichen Reſte des Dichters Arno Holz verbrannt. Es war keine offizielle Trauerfeier. Dank und Liebe nahmen Abſchied. Eine Blumendecke über dem Sarg, im Lorbeerrahmen die Iſenſteinſche Büſte des Dichters. Die Heimatſtadt Raſtenburg hatte einen Kranz niederlegen laſſen, gewidmet „ihrem großen Sohne“. Neben dem Sarge hatte ſich eine Abordnung des Königſtädtiſchen Gymnaſiums mit ihren Fahnen aufgeſtellt, der Schule, in die Holz als zwölfjähriger Junge eingetreten iſt. Das Streichquartett des Philharmoniſchen Orcheſters ſpielte den zweiten Satz aus dem Schubertſchen d moll-Quartett, der die muſikaliſche Stimmungsgrundlage der Tragödie „Sonnenfinſternis“ iſt, und zuletzt, nachdem die Interpretin des „Phantaſus“ Elſe Beyer die letzten Worte dieſes Weltgedichtes geſprochen hatte: „mein Staub verſtob; wie ein Stern ſtrahlt mein Gedächtnis“, ertönte das „Integer vitae“, das als Klanggewölbe über dem dritten Akte der Tragödie „Ignorabimus“ ſteht. Hans W. Fiſcher hielt die Gedächtnisrede, in der er das Pionierwerk des Toten und aus dem Werk des Dichters die große Triebkraft der Kunſt Holzens darſtellte. Das ſchönſte Denkmal für Holz würde es ſein, wenn die vierte Faſſung des „Phantaſus“, die Holz noch kurz vor ſeinem Tode abgeſchloſſen hat, bald als Buch dem deutſchen Volke übergeben würde. Herb ſprach Alfred Döblin im Namen der Preußiſchen Dichterakademie es aus, daß Holz keine Reſonanz in der Zeit gefunden habe, weil er an einen flachen Zeitgeiſt keine Zugeſtändniſſe gemacht habe, und daß das Gefühl der Bitterkeit, das am Sarge ſo manches toten deutſchen Dichters ſich einſtelle, vor dieſem Sarge ins Ungemeſſene ſich ſteigern müſſe. Für den Reichsverband des deutſchen Schrifttums ſprach Alfred Richard Meyer, für die Familie und die Freunde nahm Willibald Baake Abſchied.

Die oſtpreußiſche Geſellſchaft in Berlin verſammelte ſich geſtern, um Arno Holz', des Raſtenburger Apothekerſohnes, zu gedenken. Der Vorſitzende der Geſellſchaft, Dr. Felix Borchardt, ſprach über die Beziehungen des Geiſtes und des Herzens, die Arno Holz mit ſeiner oſtpreußiſchen Heimat verbinden.

Erwerbsloſenunruhen in Danzig.

Danzig, 30. Okt. (Wolff.) Im Innern der Stadt kam es heute zu Zuſammenſtößen zwiſchen Erwerbsloſen und Polizei, als dieſe eine vom Polizeipräſidenten verbotene Erwerbsloſendemonſtration auflöſen wollte. Ein zweites Mal mußte die Polizei eingreifen, als ein Erwerbsloſenzug zum Volkspark marſchieren wollte. Der Zug konnte vor der Bannmeile aufgelöſt werden. Im Volkstag führte das Verbot der Erwerbsloſendemonſtration zu heftigen Kundgebungen der Kommuniſten. Der Präſident mußte die Sitzung infolge der Ruheſtörung zweimal aufheben. Der kommuniſtiſche Abgeordnete Plenikowſki wurde wegen grober Verſtöße gegen die Hausordnung für acht Sitzungstage ausgeſchloſſen.

Die Anleihebetrugs-Affäre.

‡ **Berlin**, 31. Okt. (Priv.-Tel.) In der Strafſache wegen Anleihebetruges iſt jetzt das Hauptverfahren gegen die Kaufleute Max Kunert und Salomon Dunkelblum wegen verſuchten Betruges zum Schaden des Deutſchen Reiches in Höhe von 1 300 000 Mark und gegen den Kaufmann Max Kunert auch wegen ſchwerer Urkundenfälſchung eröffnet worden. Die Angeklagten, die beſtreiten, ſich ſtrafbar gemacht zu haben, ſollen nach Anſicht der Staatsanwaltſchaft auf betrügeriſche Weiſe Kriegsanleihe-Neubeſitz als Altbeſitz angemeldet und damit das Reich um ſehr hohe Beträge geſchädigt haben.

Aus dem Strafrechtsausſchuß.

‡ **Berlin**, 31. Okt. (Priv.-Tel.) Der Strafrechtsausſchuß des Reichstags beriet geſtern zunächſt einen ſozialdemokratiſchen Antrag, worin die Reichsregierung erſucht wurde, im Einführungsgeſetz zum Strafgeſetzbuch die landesrechtlichen Strafvorſchriften über das Konkubinat aufzuheben. Zur Begründung des Antrages wurde geltend gemacht, daß das neue Strafgeſetz das außereheliche Zuſammenleben von Mann und Frau bereits dadurch anerkenne, daß es „Lebensgefährten“ beſonders ſchütze. Infolgedeſſen ſei es nicht mehr erträglich, ein außereheliches Zuſammenleben mit Strafe zu bedrohen, wie das in Bayern, Württemberg, Baden und Heſſen noch heute geſchehe. Leider gehe die Polizei auch gegen Konkubinate immer noch mit Verwaltungsſtrafen vor. Oberreichsanwalt a. D. Ebermeyer erklärte ſich mit dem ſozialdemokratiſchen Antrag einverſtanden. Würde er durchgeführt, ſo ſei ſelbſtverſtändlich, daß die Landesbehörden auch nicht mehr mit Polizeiſtrafen gegen Konkubinate vorgehen könnten.

In der Abſtimmung wurde der ſozialdemokratiſche Antrag mit den Stimmen der Sozialdemokraten, der Kommuniſten, der Demokraten und der Deutſchen Volkspartei gegen die Stimme des Abg. Emminger (Bayeriſche Volkspartei) bei Stimmenthaltung des Zentrums und der Deutſchnationalen angenommen.

Kleine Auslandsnachrichten.

Waſhington, 29. Okt. (Europapreß.) Der republikaniſche Senator Theodor E. Burdon iſt im Alter von 71 Jahren geſtorben. Burdon war Mitglied der Interparlamentariſchen Union und war als Autorität auf außenpolitiſchem Gebiet im Jahre 1916, allerdings erfolglos, Kandidat der Republikaniſchen Partei für die Präſidentſchaft.

Waſhington, 31. Okt. (Europapreß.) Das Marinedepartement dementiert die Nachricht, wonach die amerikaniſche Torpedobootszerſtörerflotille, die ſich augenblicklich in den Gewäſſern der Philippinen befindet, Befehl erhalten habe, ſich nach China zu begeben, um bei einem eventuellen Wiedererwachen der Unruhen jederzeit bereit zu ſein.

---

ihr gar entgegenſtellen. Dies iſt nicht etwa ſtofflich gemeint; ein revolutionärer Akt kann im franzöſiſchen Sinne durchaus geſchmackvoll ſein, vorausgeſetzt, daß er nicht gegen das Maß, die meſure, ſündigt, die nicht als Spannungsausgleich, ſondern als der freiwillige, wohlüberlegte Verzicht auf Spannungen zu verſtehen iſt.

Es iſt eine bekannte Erſcheinung, daß intellektuelle Ausländer in Verzweiflung geraten, wenn ſie zum erſten Male mit dem Geſetz vom „goût“ zuſammenprallen und unter einer ſcheinbaren Vermengung nicht entſprechender Kategorien leiden, die dem Franzoſen in Wirklichkeit gar keine Vermengung, ſondern eine Scheidung iſt! Welches Kopfzerbrechen ſchafft es uns nicht, wenn der Franzoſe unter den höchſten menſchlichen Werten auch den „goût“ aufzählt, wenn er für eine philoſophiſche Schlußfolgerung höchſten Ranges kein größeres Beiwort als „geſchmackvoll“ finden kann, wenn er, wie Laſerre, von einer „inelegance morale“ ſpricht und auch die ſchauerlichſten Verirrungen des modernen franzöſiſchen Kunſtgewerbes nur deshalb als von einem „goût sublime“ geprägt kennzeichnet, weil ſie die Tradition fortſetzen. Wahrlich, hier redet er eine fremde Sprache, die ganz und gar nicht mehr europäiſch, dafür aber um ſo franzöſiſcher iſt. Einen Akt von Wedekind lehnt er ebenſo als geſchmacklos ab wie etwa einen Bismarckturm oder das Niederwalddenkmal, ohne dabei an diejenigen Züge zu denken, die den Bismarckturm wirklich zu einem Greuel machen. Was ihn in beiden Fällen abſtößt iſt weniger der Mangel an gutem Geſchmack, den letzteres Beiſpiel einwandfrei verrät, als das Maßloſe in beiden Beiſpielen. In dieſer Denkreihe erhält das Denkmal einen Wert, den es in Wirklichkeit gar nicht hat, während das Schauſpiel nach Maßſtäben gemeſſen wird, die ihm nicht zukommen. „Le goût allemand pour le kolossal“ iſt eine beliebte Zeitungsphraſe, wenn es gilt, eine als unfranzöſiſch empfundene deutſche Leiſtung zu diskreditieren, gleichviel ob es ſich um die Sinfonie der Tauſend handelt oder um die J.-G.-Farben oder den Leipziger Bahnhof oder den Meſſias von Klopſtock. Dieſe Ironie, die beim Leſer einen unbeſchreiblichen Zuſtand der Selbſtzufriedenheit hervorruft, ſoll zum wohltuenden Vergleich mit den maßvollen Produkten der franzöſiſchen Geſittung anregen und iſt immer ein äſthetiſches und moraliſches Urteil zugleich. Wir wiſſen, daß es auch gegen Lady Macbeth und gegen die Schellingſche Philoſophie gerichtet iſt und überall da in Tätigkeit tritt, wo der Menſch gegen ſeine Grenzen anſtürmend gezeigt wird. „Goût“ iſt der Sinn für Grenzen, und zwar für Grenzen, die niemals als Einmengung und Hindernis gelten dürfen, die im Gegenteil ein Ausdruck der Vernunft für das Mögliche ſind. Wer das Unmögliche will, iſt geſchmacklos, denn er hat kein Organ für das im Menſchen wirkende Geſetz.

Alte Möbel.

Nur ſo wird es verſtändlich, warum der Franzoſe das Monopol auf den „goût“ zu haben glaubt und gleichzeitig außerſtande iſt, einen in unſerem Sinne geſchmackvollen Neubau aufzuführen oder ein halbwegs erträgliches Denkmal aufzuſtellen. Das heutige Frankreich iſt eine wahre Schreckenskammer von häßlichen Inneneinrichtungen, abſtoßenden Faſſaden und ſüßlichleeren Standbildern, — natürlich nur ſoweit dieſe modernen Urſprungs ſind. Warum iſt es unmöglich, uniforme, aber geſchmackvolle Maſſenartikel herzuſtellen und zu vertreiben? Warum finden fabrikmäßig erzeugter Wandſchmuck und Hausmöbel von anſpruchsloſer aber paſſabler Form keine Käufer? Der Franzoſe iſt zu ſehr Perſönlichkeit, um Standardartikel zu ertragen. Ganz abgeſehen davon, daß er ſich auf eine Konſumſteigerung, die ja die Vorausſetzung für den Vertrieb ſolcher Dinge iſt, nur zögernd einläßt, muß eine Ware, um ihm zu gefallen, in irgendeiner Weiſe individuelles Gepräge tragen. Dies Bedürfnis kann die Produktion nicht befriedigen, ſie bietet ihm ſtatt deſſen „kitſchige“ Artikel, deren ideenreiche Häßlichkeit im Grunde nichts weiter iſt als eine Entartung des perſönlichen Gepräges. Da die Uniformierung des Verbrauches unmöglich iſt, wird die Urteilsloſigkeit des zur Maſſe gehörigen Konſumenten mißbraucht. Die Herſtellung einfacher und gleichzeitig hübſcher Möbel hat in Frankreich bisher nicht Fuß faſſen können. Man beſchränkt ſich auf oberflächliche Nachahmungen alter Gegenſtände, die dank der Mittelmäßigkeit des Materials und der Unſicherheit in den Ornamenten — denn ohne dieſe geht es natürlich nicht, da ein Stück ja auch „reich“ ſein muß — jenen troſtloſen Miſchmaſch ergeben, von dem die Durchſchnittswohnungen voll ſind.

Aber auch die kaufkräftige Oberklaſſe macht keine Miene, die latenten Fähigkeiten des Handwerkers wieder zu erwecken, da ſie vor den modernen Schöpfungen einfach Angſt hat, die hinter Ironie verborgen wird, und die Tradition nicht verlaſſen will. Alte Möbel ſind der Ausweg der wohlhabenden Kreiſe, die ſich gut einrichten wollen. In Paris beſtehen ganze Straßen nur aus Antiquitätenläden, die in reizvollem Durcheinander Stoffe, Bibelots, Möbel und Bilder feilhalten und deren Vorräte ſich dank der immer wieder eingeſchobenen Nachahmungen nie erſchöpfen. Für uns iſt ein Seſſel aus der Zeit des fünfzehnten Ludwig eine Erinnerung, wir haben romantiſche Beziehungen zu ihm, die wir legitim pflegen dürfen, da unſer Zeitbegriff dies geſtattet. Für den Franzoſen iſt ein ſolcher Seſſel aktuell, denn die Gegenwart iſt für ihn nur eine fortgeſetzte Vergangenheit, aus den Linien und Stoffmuſtern des Möbels ſpricht ihn die Kontinuität ſeines Lebensgefühls und die Dauer ſeiner Ziviliſation an. Für ihn hat die ſtilerzeugende Kraft der Geſamtheit, deren endgültiges Verſagen allen unſeren Baubemühungen zu Grunde liegt, eigentlich nie aufgehört. Oder beſſer, er iſt noch nie auf den Gedanken gekommen, daß ſie erſchöpft ſein könne, obwohl es ihn ſtutzig machen müßte, daß der Franzoſe bis zur großen Revolution niemals in alten Möbeln wohnte. Selbſt die Renaiſſance in Frankreich war, wenn auch wenig ſchöpferiſch, ſo doch durch und durch franzöſiſch. Racines und ſelbſt noch Voltaires Tragödien mit antikem Stoff wurden zu ihrer Zeit immer im modernen Koſtüm geſpielt, auf dem die Epoche höchſtens durch einige Zutaten angedeutet war. In ſolchem ſtiliſtiſchen Selbſtbewußtſein ſprach ſie in der Tat wahre Kontinuität aus. Aber wo iſt ſie heute? Wenn es zutrifft, daß der Stil ſich ſelber ſchafft, falls die Epoche nur den Willen zu ihm in ſich trägt, ſo iſt es ſinnlos, alte Möbel zu Hilfe zu nehmen. Wäre es nicht beſſer, hier den Stillſtand, das Nachlaſſen des ſchöpferiſchen Geſamtwillens einfach feſtzuſtellen? Es iſt freilich wahr, daß ein Bauſtil ſich ebenſo wenig „ſchaffen“ läßt wie eine Kultur. Aber es gilt doch, ſich des Stillſtandes zunächſt einmal bewußt zu werden, um überhaupt irgend etwas unternehmen zu können. Sicherlich erzeugen die radikalen Architekten der Schweiz, Deutſchlands und Hollands keinen Geſamtſtil, aber ſie ſchaffen doch wenigſtens Bewegung. Frankreich aber wünſcht ſelbſt dieſe Bewegung nicht und fährt fort, dem Begriff „Tradition“ jenen leeren und toten Klang zu erhalten, den er in Ländern mit weniger Gefühl für Stabilität nun einmal hat. Wäre es anders, ſo wäre Frankreich und die übrige Welt ſich darüber einig, was als geſchmackvoll zu gelten habe, und die edle Ueberlieferung der franzöſiſchen Stadtbilder wäre nicht durch jene täglich quellende Flut von konventionell verputzten Faſſaden und ſüßlich-armen Denkmälern verunziert, die dem Bewunderer dieſes Landes ſolche Rätſel auferlegt.

Wir ſtehen vor einem Phänomen, das ſich nur als Entartung der Vollkommenheit bezeichnen läßt, wenn man zur Ueberzeugung gelangt iſt, daß die Kontinuität der franzöſiſchen Ziviliſation bedroht iſt. Und das ſcheint uns in der Tat der Fall zu ſein. Der „goût“, der für alle Lebensäußerungen gelten müßte, iſt auf diejenigen Erſcheinungen, in denen auch wir ihn ſuchen, nicht mehr anwendbar. Er hat ſich aus der ſchaubaren Welt völlig zurückgezogen, hat die Dinge in ihre unbeſeelte Lebloſigkeit zurückgeſtoßen und iſt nur noch in der Sprache fühlbar.

Vermiſchte Nachrichten

Flugabenteuer des preußiſchen Handelsminiſters

Paris, 31. Okt. (Wolff.) Der preußiſche Handelsminiſter Dr. Schreiber, der von Marſeille nach Karlsruhe flog, hat, wie erſt heute bekannt wird, vorgeſtern wegen dichten Nebels in der Nähe von Billiat (Departement Ain) notlanden müſſen. Er ſetzte ſeine Reiſe im Automobil nach Genf fort. Das Flugzeug ſelbſt — ein deutſcher Apparat — iſt geſtern weitergeflogen.

Der Kampf um die Schach-Weltmeiſterſchaft.

ms Rotterdam, 31. Okt. (Priv.-Tel.) Der Kampf um die Schachweltmeiſterſchaft wurde am Mittwoch abend in Rotterdam mit der 20. Partie fortgeſetzt. Bogoljubow hatte die weißen Steine und eröffnete ſpaniſch. Aljechin opferte einen Bauer und bekam ſtarken Angriff auf den Königsflügel. Bogoljubow erlangte Gegenangriff und es kam zu einer Stellung, in der Bogoljubow durch ewiges Schach ein Remis hätte erreichen können. Er ſpielte aber auf Gewinn und es kam ſchließlich zum Damenumtauſch und zu einem Endſpiel, in dem Aljechin einen Bauern mehr und einige Gewinnchancen hat.

Zugzuſammenſtoß. In der Station Großſachſen-Heddesheim (Bergſtraße) ſtießen, wie unſer s-Korreſpondent aus Heidelberg meldet, am 31. Oktober kurz nach 6 Uhr zwei mit Steinmaterial beladene Arbeitszüge zuſammen, wodurch mehrere Wagen entgleiſten. Der Perſonenverkehr wurde durch Umſteigen aufrecht erhalten, während die Schnellzüge von und nach Frankfurt über Mannheim geleitet wurden. Perſonen ſind nicht zu Schaden gekommen.

Harakiri. Wie uns aus Halle gemeldet wird, ſchlitzte ſich in Oſterode im Harz der 81jährige Arbeiter Klowſki, der in der letzten Zeit an Verfolgungswahn litt, mit einem Schlachtermeſſer den Bauch auf, ſo daß die Eingeweide heraustraten, zerſchnitt ſie und verſtreute ſie in der Stube. Er lebte noch 1½ Stunden.

Selbſtſtellung eines ſteckbrieflich Geſuchten. Der ſteckbrieflich geſuchte Zahnarzt Mohr aus Barmen hat ſich freiwillig bei den Düſſeldorfer Gerichtsbehörden geſtellt. Zahnarzt Mohr war ſeinerzeit in eine myſteriöſe Entführungsaffäre verwickelt, bei der ein junges Mädchen, das ſein Automobil benutzt haben ſoll, bewußtlos an der Straße aufgefunden wurde. Zur Hauptverhandlung in dieſer Angelegenheit war Dr. Mohr nicht erſchienen, ſo daß ein Haftbefehl gegen ihn erging.

Eine rumäniſche Petroleumraffinerie niedergebrannt. In der Petroleumraffinerie „Vega“ im Petroleumgebiet von Ploeſti brach ein Rieſenfeuer aus. Es entſtand eine große Panik, da ſich in der Nähe große Benzindepots befinden. Nach ſiebenſtündiger Arbeit konnte die Feuerwehr den Brand bewältigen. Die Raffinerie, an der auch deutſches Kapital intereſſiert iſt, wird eine Zeitlang ihren Betrieb ſtillegen.

Der Sport

England zieht ſich von dem Wettbewerb um den Schneiderpokal zurück.

London, 30. Okt. (Europapreß.) Das diesjährige Schneiderpokalrennen hat zum letzten Male eine offizielle Mannſchaft der engliſchen Luftſtreitkräfte am Start geſehen. Vom Luftfahrtminiſterium wird nämlich heute bekanntgegeben, daß die engliſche Regierung von einer Teilnahme an künftigen Rennen abſehen wolle, da das Rennen in ſeiner jetzigen Form nicht mehr den Zielen entſpreche, die dem Spender des Pokals vor Augen geſchwebt hätten. Es ſeien bereits genügende Erfahrungen für den Bau von Flugzeugen mit hohen Geſchwindigkeiten geſammelt worden und die mit der Durchführung der Rennen verbundenen außerordentlich hohen Koſten ſeien nicht mehr zu rechtfertigen.

Die Berliner Hockey-Mannſchaft für das Spiel gegen Frankfurt.

In der Reichshauptſtadt ſieht man mit großer Spannung dem für den 10. November angeſetzten Treffen gegen Frankfurt entgegen. Die Mannſchaft hat man bereits aufgeſtellt, ſie hat folgendes Bild: Lincke; Heymann, Zander; Kummetz, Blesdorf, Harbeck; Mehlitz, Müller, Boche, Scherbarth, Schmidt. Dieſe Aufſtellung iſt außerordentlich ſtark, beſonders Hintermannſchaft und Sturm ſind kaum zu übertreffen. In dieſer Elf befinden ſich ſieben Spieler, die für Deutſchland gegen Dänemark ſpielten. Frankfurt dürfte gegen dieſe Mannſchaft, ſelbſt bei Heranziehung ſeiner beſten Kräfte, kaum eine Chance haben. Ueber die Aufſtellung Frankfurts iſt man ſich noch nicht ſchlüſſig geworden.

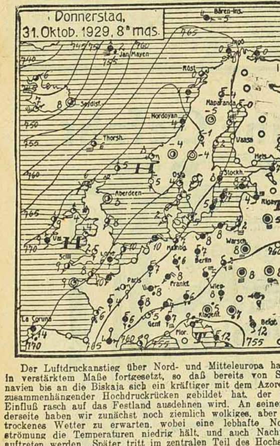
= **Hempel Marathonſieger in Kaſchau.** Beim tſchechiſchen Marathonlauf in dem am Fuße der Karpathen liegenden Städtchen Kaſchau waren die beiden teilnehmenden Deutſchen Hempel und Mierdel vom SC. Charlottenburg in ausgezeichneter Form. Beide gingen auf der ſchweren, 42.2 Kilometer langen Strecke ihren Gegnern mit großem Vorſprung davon und belegten die erſten Plätze. Hempel ſiegte in 2:51.31 Std. mit 200 Meter Vorſprung vor Mierdel. Die Deutſchen überſtanden das Rennen ſehr gut und wurden am Ziel von einer tauſendköpfigen Menge begeiſtert begrüßt. Von den 38 Mitbewerbern kam der Ungar Zelenka in 2:54.45 Std. als Dritter ein.

= **Frl. Baron nicht mehr aktiv.** Die Olympiaſiegerin Fräulein Baron aus Rotterdam hat ſich am 27. Oktober verlobt und dabei mitgeteilt, daß ſie an keinen öffentlichen Wettſchwimmen mehr teilnehmen wird. Die Holländerin war ohne Frage die beſte Schwimmerin, die Holland in den letzten zwanzig Jahren hatte, und war lange Jahre holländiſche Meiſterin im Bruſtſchwimmen über 100, 200 und 400 Meter. Der Verluſt iſt für den holländiſchen Schwimmſport um ſo bedauerlicher, als ſeit den letzten Jahren kaum guter Nachwuchs vorhanden iſt, der die Meiſterin erſetzen kann.

= **Die Spielſyſtem-Kommiſſion** des Süddeutſchen Verbandes hielt in Ulm ihre erſte Sitzung ab. Die vorgeſchlagene Schaffung einer Verbandsliga wurde abgelehnt.

Wetterberichte vom 31. Oktober

(Von der Oeffentlichen Wetterdienststelle Frankfurt a. M.)



Der Luftdruckanstieg über Nord- und Mitteleuropa hat sich in verstärktem Maße fortgesetzt, so daß bereits von Skandinavien bis an die Biskaja sich ein kräftiger mit dem Azorenhoch zusammenhängender Hochdruckrücken gebildet hat, der seinen Einfluß rasch auf das Festland ausdehnen wird. An seiner Vorderseite haben wir zunächst noch ziemlich wolkiges, aber schon trockenes Wetter zu erwarten, wobei eine lebhafte Nordostströmung die Temperaturen niedrig hält, und auch Nachtfröste auftreten werden. Später tritt im zentralen Teil des Hochs stärkere Aufheiterung ein und die Temperaturgegensätze zwischen Tag und Nacht wachsen an. An der Küste Irlands und Skandinaviens fällt bereits das Barometer wieder, doch werden die dort neuerdings entstehenden Wirbel zunächst nur im Norden Einfluß gewinnen.

Vorhersage bis Freitag abend: **Wolkig bis heiter, trocken, bei nordöstlichen Winden kühl, Nachtfrostgefahr.**

Witterungsaussichten bis Samstag abend: **Vorwiegend heiter, tagsüber wärmer, nach Süd drehende Winde.**

Frankfurter Handelsblatt.

Wiedergabe und drahtliche Verbreitung der Artikel mit * und der Privatdepeschen nur mit genauer Quellenangabe „Frkf. Ztg.“ gestattet. — Es wird gebeten, Zuschriften nicht an eine Person, sondern an die Handelsredaktion zu richten.

*Londoner Diskont von 6½ auf 6 pCt.

Eine überraschend frühzeitige Maßnahme.

Nach langem Widerstreben hatte die Bank von England vor fünf Wochen sich zu einer Erhöhung ihres Diskontsatzes von 5½ auf 6½ pCt. entschließen müssen, nachdem sie zuvor ihrer Abneigung gegen eine Diskonterhöhung ungefähr ein Fünftel ihres Goldbestandes geopfert hatte. Aber sogar die Diskonterhöhung um ein ganzes Prozent genügte zunächst nicht, um den Goldabziehungen ein Ziel zu setzen. Erst als die Abschwächungen der New Yorker Börse und die Krediterleichterungspolitik der Federal Reserve Banken englische und französische Gelder von dort nach London zurückkehren ließen, setzte sich die Londoner Diskonterhöhung wenigstens im Verhältnis zu New York in einer Besserung des Devisenkurses durch. Damit hörten die Goldabziehungen nach Amerika auf. Aber Frankreich zog weiter Gold an sich. Trotz der Diskonterhöhung konnte sich das Pfund gegenüber dem Franc nur wenig erholen. Zwar hatte die Bank von England im zweiten Oktober-Drittel ein Ueberwiegen der Goldzugänge zu verzeichnen — ihr Bestand stieg um etwa ein Zehntel der früheren Verluste! — aber schon in der letzten Woche überwogen wieder die Goldabziehungen nach Frankreich, obwohl argentinische Sendungen und teueres Gold vom Kap von der Bank übernommen werden konnte. Die Verflüssigung des Geldmarktes und vor allem die Abschwächung des Privatdiskontes in London, die von den aus Amerika zurückgekehrten Geldern bewirkt waren, hatten genügt, um die Devise Paris den unteren Goldpunkt des Pfundes unterschreiten zu lassen. Unter diesen Umständen hatte man in London, wie unser Korrespondent im Abendblatt vom Montag darlegte, teilweise ein Eingreifen der Bank von England am offenen Markt zwecks Erhöhung des Privatdiskontes erwartet, damit auf diese Weise die Abziehung von Auslandsgeldern und in ihrem Gefolge von Gold aus London verhindert werde. Statt dessen paßte die Notenbank umgekehrt die Bankrate dem Privatdiskont an, wahrscheinlich in Kenntnis einer für heute abend zu erwartenden Diskontermäßigung in New York. Wie die bisherige Entwicklung und der heutige Schritt sich im Bankausweis und am Geld- und Devisenmarkt gespiegelt haben, das zeigt die folgende Zusammenstellung, soweit dies im Augenblick schon möglich ist:

	19. 6.	24. 7.	21. 8.	26. 9.	3. 10.	24. 10.	ca. 31. 10.
Goldbestand ..	163.50	150.70	138.20	133.21	130.44	133.03	132.3
Devise N. York	4.8482	4.8532	4.8486	4.8542	4.8581	4.8803	4.8760
Devise Paris ..	123.94	123.82	123.87	123.87	123.92	123.86	123.82
Privatdiskont .	5 11/32	5 15/32	5½	6⅛	6⅛	6—	5⅛
Banksatz	5½	5½	5½	6½	6½	6½	6—

Diese Zahlen zeigen, daß die Bank von England mit der heutigen Ermäßigung ihres Satzes ein Risiko eingeht: Das Risiko einer weiteren Abschwächung des Pfundes gegenüber dem Franc und damit das Risiko neuer und verstärkter Goldbewegungen von London nach Paris. Wenn sich die Bank dazu entschlossen hat, dieses Risiko zu übernehmen, so geschah es vermutlich nicht nur, weil die Tendenz zur Schonung der englischen Industrie und des Finanzplatzes London seit Jahren immer einen möglichst niedrigen Diskont wählen möchte, sondern vor allem deshalb, weil sie hofft, der Kredit-(und vielleicht Gold-)strom von New York nach London werde in nächster Zeit stärker sein als der Strom von London nach Paris. Diese Hoffnung mag sich darauf gründen, daß die europäische Spekulation in New York gründlich ernüchtert worden ist, und vor allem auch darauf, daß man in New York eine Diskontermäßigung auf das Niveau der übrigen amerikanischen Notenbanken, also auf 5 pCt., erwartet. Wenn sich diese Erwartung bestätigt, wofür in London schon Anhaltspunkte vorliegen mögen, so wird in Zukunft trotz der jetzigen Londoner Diskontermäßigung der Abstand zu New York um ein halbes auf ein ganzes Prozent erhöht. Immerhin ist es noch nicht mit Sicherheit zu übersehen, ob die Hoffnungen sich erfüllen oder nicht vielleicht doch die Bank von England durch Abziehungen nach Paris eine weitere Verminderung ihres jetzigen Goldbestandes erfahren wird. Das wäre bedauerlich, weil sich damit nicht allein für England, sondern international eine Verminderung des Kreditvolumens ergäbe. Deshalb überrascht es, daß die Bank von England schon jetzt diesen Schritt unternimmt, ohne die Auswirkung einer New Yorker Ermäßigung abzuwarten. Nachdem sie sich aber entschlossen hat, bleibt vom Standpunkt der internationalen Kreditpolitik aus nur übrig, mit doppelter Entschiedenheit eine Diskontermäßigung bei der Bank von Frankreich zu fordern, wie das an dieser Stelle kürzlich schon geschehen ist.

Die Rückwirkungen des Londoner Schrittes auf Deutschland sind nicht ohne weiteres zu übersehen. Einerseits ist naturgemäß eine Ermäßigung in London geeignet, den nach Deutschland fließenden Anteil am Rückstrom aus Amerika zu vergrößern, solange der deutsche Diskont unverändert bleibt. Andererseits aber ist London für uns als Umschlagplatz wichtig, und es könnte sein, daß uns so die Verminderung der Geldzuflüsse nach London indirekt stärker trifft, als sie uns direkt nützt. Dies wäre besonders dann der Fall, wenn französische Ausleihungen in Goldform in die Heimat zurückkehren würden, statt über London Anlage im Ausland zu suchen. Die Reichsbank wird also vermutlich zunächst einmal die Auswirkung der Londoner — und der voraussichtlichen New Yorker — Diskontermäßigung abwarten müssen. Immerhin wäre es denkbar, daß schließlich die Möglichkeit zu einer Diskontermäßigung auch in Deutschland mit dem Abstand von London und New York wächst. Konjunkturpolitisch wäre das zweifellos erwünscht. Es mag sein, daß auch die Bank von England bei ihrem Schritt gerade dadurch mit bestimmt worden ist. Im gegenwärtigen Augenblick internationaler Unsicherheit hat sie es vielleicht für erwünscht gehalten, eine Anregung zu geben. Vielleicht breitet sich von London her die Zinsermäßigung in Europa ebenso aus wie s. Zt. die Zinserhöhung.

Die Berliner Beurteilung.

Absprache mit Amerika? — Folgt Deutschland?

□ **Berlin,** 31. Okt. Der hiesige Markt wurde von der Londoner Diskontermäßigung um ½ auf 6 pCt. stark überrascht, obwohl man wußte, wie ungern sich die Bank von England zu der 1proz. Erhöhung entschlossen hatte und wie sehr ihr deshalb daran gelegen sein mußte, diesen Schritt wenigstens teilweise wieder rückgängig zu machen. Mit einer New Yorker Diskontermäßigung hatte man vielfach gerechnet, nachdem der Privatdiskont dort in den letzten Tagen bereits bis auf 4⅝ bis 4¾ pCt. gesenkt wurde, womit er 1¼ pCt. unter der offiziellen Rediskontrate und ebensoviel unter dem Londoner Bankakzeptsatz stand. Da aber London jetzt bereits eine Diskontsenkung vornahm, nachdem die Goldverluste vor der letzten Erhöhung auch noch nicht einigermaßen wieder eingeholt waren und nachdem andererseits Frankreich bis in die letzten Tage hinein Gold abzog, bedeutete es, wie gesagt, eine allgemeine Ueberraschung. Man knüpfte daran sofort die Folgerung, der Entschluß beruhe auf Absprache mit der New Yorker Federal Reserve Bank, die wahrscheinlich heute noch die seit längerem erwartete Diskontherabsetzung vornehmen werde, wobei der Markt annimmt, daß das Ausmaß ein ganzes Prozent betragen werde. Die Rückwirkung auf den Pfundkurs wäre deshalb nur gering. Das Pfund hat sich bekanntlich gegenüber dem Dollar in letzter Zeit vom oberen Goldpunkt bis nahe zum unteren Goldpunkt befestigt. Heute trat nunmehr ein Rückschlag von 4.8785 bis 4.8740 ein, aber dann wieder eine Erholung auf 4.8750 bis 60. Gegenüber dem französischen Franken blieb das Pfund völlig unverändert mit 123.84 bis 85, also innerhalb der Zone, die Goldverluste möglich macht. Interessanterweise wurde auch die Reichsmark von der Abschwächung des Pfundes gegenüber dem Dollar mitgezogen. Der Dollar wurde in Berlin mit 4.1805 notiert nach 4.1790 vorbörslich; später handelte man bis 4.1815. Dabei sprachen Erwägungen mit, daß sich auch für die Reichsbank eine neue Situation ergeben könne, wenn nach London auch New York mit dem Diskont heruntergehe. An einer Ermäßigung des 7½proz. Notdiskontes sah sich die Reichsbank nach der Maipanik bisher bekanntlich hauptsächlich durch Rücksichten auf die internationale Geldlage gehindert, während ihr Status und die deutsche Konjunkturlage einen solchen Schritt seither schon gerechtfertigt hätten. Natürlich sind bei der Reichsbank, die von dem Londoner Schritt ebenfalls überrascht wurde, einstweilen weder Entschlüsse noch auch nur Beratungen in dieser Hinsicht erfolgt. Zur Begründung der Wahrscheinlichkeit einer baldigen Ermäßigung des deutschen Diskonts wird am Markt vor allem auch auf die sichtbare Gelderleichterung verwiesen. Leihdollars sind für Großbanken mit 6½ bis 6⅝ pCt. reichlich zu haben. Der jetzige Ultimo verläuft allem Anschein nach ziemlich leicht. Bereits heute trat nicht unerhebliche Privatdiskontnachfrage auf, die nur durch Abgabe von Reichsschatzwechseln befriedigt werden konnte.

Diskonterwartungen in New York.

k New York, 31. Okt. (Funkspruch.) In Bankkreisen spricht man davon, daß heute ziemlich bestimmt mit der Herabsetzung der New Yorker Rediskontrate zu rechnen sein dürfte. Die Federal Reserve Bank werde auf diese Weise eine Erleichterung schaffen, da die Kreditanspannung im Zusammenhang mit der Stützungsaktion an der Fondsbörse größer wäre, als es den Anschein hat, und ein ermäßigter Diskontsatz in bedeutendem Maße zur Entwicklung günstigerer Verhältnisse beitragen würde. Die Bankiers erklärten, daß die gestrige 6proz. Rate für Tagesgeld nur künstlich aufrecht erhalten werden konnte. Ein Satz von 10 pCt. hätte ein richtigeres Bild von der wahren Situation am Geldmarkt gegeben.

*** Sächsische Maschinen Hartmann. — Umorientierung der Produktion.** Bei wieder *RM.* 24.5 Mill. Umsatz wird für 1928/29 ein Fabrikationsgewinn von *RM.* 4.07 (i. V. 0.91) Mill. und nach 0.40 (0.59) Mill. Abschreibungen ein Reingewinn von 0.44 Mill. ausgewiesen, der, wie gemeldet, mit 0.28 Mill. in die Reserve geht, wodurch diese auf 10 pCt. des A.-K. steigt; der Rest von 0.16 Mill. ist Vortrag.

Die **Bilanz** zeigt die Durchführung der Sanierung. Das A.-K. ist bekanntlich 6 zu 1 von 18.12 auf 3.02 Mill. zusammengelegt und auf 11 Mill. wieder erhöht worden, wobei die jungen Aktien zu pari von einem Konsortium unter Führung der Dresdner Bank übernommen wurden. Der **Buchgewinn** von 15.10 Mill. wurde verwandt zur Deckung des Verlustvortrages von 7.19 Mill., zur Dotierung der gesetzlichen Reserve mit 0.75 Mill., sowie zur Tilgung des beim Verkauf des Freithaler Werkes entstandenen Buchverlustes, weiter zu Sonderabschreibungen auf Gebäude (0.71 Mill.), Maschinen (2.14 Mill.) und Warenbestände (wieviel?), die teilweise infolge der Aufgabe des Lokomotivbaues erforderlich wurden, zu Rückstellungen für die technische Sanierung und zur Deckung der Sanierungskosten (Passiv-Reserve 1.27 Mill.). Grundstücke erscheinen jetzt mit 3.62 (3.98), Gebäude mit 4.21 (5.31) Mill., **Maschinen** mit 2.12 (4.29) Mill. Insgesamt stehen die Anlagen mit 9.96 (13.58) Mill. zu Buch. Die fremden Mittel betragen 7.52 (15.73) Mill. (neben der Rückstellung von 1.27 Mill. zur Durchführung der Sanierung). Anzahlungen, sonstige Kreditoren und Bankschulden betragen dabei 6.48 (15.16) Mill. Andererseits erhöhten sich die Debitoren auf 3.88 (3.47) Mill., die sonstigen Betriebsmittelkonten verminderten sich dagegen auf 0.25 (0.72) Mill., **Vorräte** auf 6.95 (9.04) Mill. Das **Bilanzbild** ist also wesentlich flüssiger. Welche inneren Reserven es enthält, darüber fehlt allerdings jedes Urteil, und somit kann auch die Frage im ganzen, ob das Ausmaß der vorjährigen Sanierung berechtigt war, nicht beurteilt werden. Die Verwaltung sei sich bewußt, den Aktionären ein großes Opfer auferlegt zu haben; aber sie hoffe, inzwischen auch diejenigen Kreise überzeugt zu haben, die der Sanierung damals ablehnend gegenüberstanden. Der Bericht erklärt, daß die Krise in der Textilindustrie zu einer noch heute andauernden Absatzstockung geführt habe, in einem Umfang, den man bisher nicht erlebt habe. Trotzdem, sagt die Gesellschaft, konnten die Erträgnisse dieses Geschäftszweiges gesteigert werden. Im übrigen scheint sie sich von ihren jahrelangen Arbeiten an der Konstruktion einer neuen Spinnmaschine, die jetzt ziemlich zum Abschluß gelangt seien, Erfolge zu versprechen. Im Großmaschinenbau waren Umsatz und Gewinn einigermaßen befriedigend, die ungünstige Lage, in der sich die gesamte deutsche Maschinenindustrie befinde, habe sich im Berichtsjahre bei der Gesellschaft noch nicht so nachhaltig geltend gemacht. Erwähnt wird die Abtretung der Lokomotivbauquote an Schwartzkopff; ein Preis wird jedoch nicht genannt, was noch in der G.-V. geschehen sollte. Da die Verlegung des Dresdener Werkes nach Chemnitz allein nicht genügte, die Fabrikationseinrichtungen nach Aufgabe des Lokomotivbaues voll auszunutzen, wurde ein Abkommen mit der Nienburger Maschinenfabrik A.-G. getroffen wegen Uebernahme des Baues von Keramik- und Gummimaschinen. Weiter aber, und das erscheine der Gesellschaft noch wichtiger, habe sie ihre Tätigkeit auf das Gebiet der Kunstseide-Textilmaschinen ausgedehnt und vor kurzem die gesamte Kunstseidemaschinenabteilung der Ratinger Maschinenfabrik und Eisengießerei A.-G. übernommen, die schon seit vielen Jahren diesen Zweig mit Erfolg betreibe.

Die Beschäftigung der Maschinenindustrie allgemein sei auch im neuen Jahre nicht besser geworden. Die Gesellschaft sei in ihrem Textilmaschinenbau zu Arbeitszeitverkürzungen genötigt gewesen. Voraussagen seien nicht möglich. Man sei aber bestrebt, durch weitere Senkung der Unkosten und durch weitere Sparmaßnahmen einen Ausgleich zu schaffen. (G.-V 28. Nov. in Chemnitz.)

*** Königlich-Niederländische Petroleum-Gesellschaft.** Die Gesellschaft bestätigte vor einigen Wochen Mitteilungen über Begebung einer Dollar 80 Mill. 5proz. Anleihe. Die Obligationen sollten mit einem Optionsrecht auf Aktien ausgestattet werden (nach 3 Jahren zu 500 pCt.). Wie uns nunmehr aus Amsterdam gedrahtet wird, sind die Verhandlungen abgebrochen worden, da zur Zeit keine größeren Beträge notwendig seien.

*** Zahlungsstockung der Bank für deutsche Beamte e. G. m. b. H., Berlin.** Unsere Berliner Redaktion drahtet: „Die Zahl der Bankschwierigkeiten hat sich um einen weiteren recht beachtlichen und besonders bedauerlichen Fall vermehrt. Die Bank für deutsche Beamte e. G. m. b. H. in Berlin, die in Berlin 12 Depositenkassen und in Görlitz eine Filiale unterhält, hat heute ihre Schalter geschlossen. Wie die finanzielle Situation beschaffen ist, darüber wird sich erst im Laufe des Tages Klarheit gewinnen lassen und man muß sich deshalb zunächst mit den Versicherungen begnügen, daß es sich nur um eine kurzfristige Zahlungsstockung handele und daß die Einleger in den nächsten Tagen ihr Geld erhalten würden. Wieweit das aus eigener Kraft oder mit fremder Hilfe möglich sein wird das bleibt abzuwarten. Die Bank ist eine Gründung von Verbänden der Postbeamten und aus diesen Kreisen setzen sich die Einleger zusammen. Schon vor längerer Zeit ist jedoch aufgefallen, daß die Bank Geschäfte gemacht hat, die sowohl über den Rahmen einer Beamtenbank wie über den einer Genossenschaftsbank weit hinausgingen. So hat die Bank, wie vor Jahresfrist bekannt wurde, dem inzwischen entmündigten Prinz Hohenlohe eine Gemäldegalerie im angeblichen Werte von 2.8 Mill. beliehen. Bei der Finanzierung eines Autodroschkenunternehmens sollen ferner einige hunderttausend Mark verloren gegangen sein. Wieweit ähnliche Geschäfte sonst noch gemacht wurden und wieweit auch rein banktechnisch schlecht disponiert wurde, das entzieht sich der Kenntnis. Ein gewisses Schwächezeichen war es wohl schon, daß die Gesellschaft kurz nach der Aufdeckung der Gemäldegeschäfte im Dezember 1928 ihre ca. 95proz. Beteiligung an der Bekleidungsgesellschaft für deutsche Beamte A.-G. (Kapital *RM.* 2.3 Mill.) an die Grupep Michael-Köster verkaufte. Im September 1929 wurde dann ferner bekannt, daß die Bank sich um einen Zusammenschluß mit der Deutschen Beamtenzentralbank A.-G. bemühte. Die diesbezügl. Fusionsverhandlungen sind nun, wie man jetzt hört (obwohl die Deutsche Beamtenzentralbank schon kurzfristige Kredithilfe geleistet hatte) vor wenigen Tagen plötzlich abgebrochen worden, da die Deutsche Beamtenzentralbank A.-G. nach näherer Prüfung der Verhältnisse offenbar die Lust zum Zusammenschluß verlor. Dieser Verhandlungsabbruch dürfte der unmittelbare Anlaß zur jetzigen Insolvenz gewesen sein. Ein **Status** liegt noch nicht vor, aber die letzte Bilanz, die bei *RM.* 531 000 Genossenschaftskapital und *RM.* 106 155 offener Rücklage einen Kreditorenstand von *RM.* 13.85 Mill. auswies, zeigt, daß es sich um einen Fall von Bedeutung handele. Für die Einleger, die sich fast ausschließlich aus festbesoldeten und pensionierten Beamten zusammensetzen, ist die Zahlungseinstellung gerade am Ultimo natürlich ein schwerer Schlag; die Polizei mußte die Menschenansammlungen vor der Bank zerstreuen.“

*** Insolvenz Mehlgroßhandlung Jakob Dreyfuß.** Die Gläubigerversammlung verzichtete auf Vorschlag des Treuhandvertreters vorläufig auf die Konkursanmeldung und setzte einen siebenköpfigen Gläubigerausschuß ein, dem vier Mühlenvertreter, zwei Bankvertreter und ein Rechtsanwalt angehören. Dem Ausschuß wird bis zum 11. November Zeit gelassen, durch Verhandlungen eine Erhöhung der Quote, die nach dem vorläufigen Status nur knapp 6 pCt. betragen würde, zu erreichen. Die Gläubigerschaft verzichtet, nachdem einige interne Differenzen vorläufig behoben worden sind, auf Zwangsmaßnahmen innerhalb dieser Frist. Es soll besonders festgestellt werden, welche Geldbewegungen in der Woche vor der formellen Zahlungseinstellung (21. Oktober) vor sich gegangen sind, um für etwaige Rückgriffe die notwendigen Unterlagen zu schaffen.

*** Berlin-Neuroder Kunstanstalten A.-G.** Die Gesellschaft weist für 1928/29 (30. 6.) lt. Bericht unserer Berliner Redaktion nach *RM.* 267 521 (i. V. 261 876) Abschreibungen einen vorzutragenden Reingewinn von *RM.* 27 407 aus. (I. V. 4 pCt. Dividende aus *RM.* 76 113 Reingewinn.) (Für einen Teil der Auflage wiederholt.)

*Um die Organisation des Pariser Geldmarktes.

Der Plan einer Akzeptbank.

sw **Paris,** 31. Okt. Die Mängel der Pariser Geldmarktorganisation, die sich, wie die „Frankfurter Zeitung“ wiederholt ausführte, gerade in der letzten Zeit infolge der zunehmenden Kapital- und Goldversorgung des Pariser Platzes besonders fühlbar gemacht hat, haben endlich einen Teil der Pariser Banken veranlaßt, dieser Frage einige Aufmerksamkeit zu schenken. In diesem Zusammenhang sind, wie nunmehr bekannt wird, auf Initiative der Banque de l'Union Parisienne Verhandlungen zwischen einigen Pariser Banken über die Schaffung eines besonderen Mechanismus zur Förderung und Regulierung eines Diskontmarktes in Paris eingeleitet worden. Man erwägt dabei die Gründung eines besonderen Akzepthauses nach englischem Muster, an dem sich verschiedene Institute beteiligen sollen und das vornehmlich die Förderung von Exportkrediten zum Gegenstand haben würde. Nach unserer Kenntnis der Dinge nehmen an diesen Verhandlungen vornehmlich die großen Geschäftsbanken teil. Die großen Depositenbanken hingegen, deren Beteiligung für die Schaffung des aktiven Akzeptmarktes unentbehrlich ist, halten sich zurück, scheinen aber an die Möglichkeit einer eigenen Gründung dieser Art zu denken. Die Verhandlungen stehen übrigens noch im Anfangsstadium, und es läßt sich nicht voraussehen, welchen Fortgang sie nehmen werden. Die Bank von Frankreich, von der der Anstoß zu dem Plan ausgegangen ist, unterstützt diese Bestrebungen auf das nachdrücklichste, da sie bereits seit längerer Zeit die chaotischen Zustände am Pariser Geldmarkt als eine wesentliche Erschwerung ihrer Kreditpolitik empfindet.

*** Ablösungsanleihe des Provinzialverbandes der Rheinprovinz nebst Auslosungsscheinen.** Der Provinzialverband der Rheinprovinz erhielt für nom. *RM.* 392 200 Ablösungsanleihe nebst Auslosungsschein Prospektfreiheit für die Einführung an den Börsen Berlin, Frankfurt a. M., Köln, Düsseldorf und Essen genehmigt. Die Einzelheiten der Serie und der Stückelung gehen aus der Anzeige hervor. Es handelt sich um eine Erweiterungsausgabe, zu der bereits amtlich notierenden Reihe von 9.2 Mill. nebst Scheinen, über deren Ausstattung schon früher berichtet wurde.

*** Verluste einer dänischen Getreide-Aktiengesellschaft.** Man schreibt uns: „In der G.-V. der **A. S. Eriksen & Christensen** in Esbjerg wurde mitgeteilt, daß im Berichtsjahr Verluste von Kr. 1.50 Mill. zu verzeichnen wären. (A.-K. Kr. 5 Mill.). Darunter befände sich ein Verlust von Kr. 900 000, der durch unlautere Handlungsweise bei deutschen Verbindungen entstanden sei. Die Firma arbeitete zusammen mit Firmen in Rostock, Greifswald und Stralsund, diese hätten mit ihr im Gefälligkeitswechselverkehr gestanden, ‚wie es allgemein in der Getreide- und Futtermittelbranche üblich‘ sei. Infolge der Schwierigkeiten der deutschen Firmen und infolge der langen Eisperiode seien die Gefälligkeitswechsel ausgenutzt worden und die dänische Gesellschaft habe dadurch die Verluste erlitten.“ (Bekanntlich war die Frage über die Herausgabe der Lagerbestände der Firma H. Josephi in Rostock an die dänische Firma in der Gläubigerversammlung in Rostock umstritten, erhielt aber die Zustimmung, nachdem die dänische Gesellschaft in Höhe des vollen Warenwertes Bankgarantie geleistet hatte. D. Red.)

*** Zahlungseinstellungen.** Die Getreide-, Futter- und Düngemittelhandlung C. I. Tiedt in Neubrandenburg hat lt. Hamburger Drahtbericht ihre Zahlungen eingestellt und verhandelt mit ihren Gläubigern wegen eines Moratoriums. Die Ursache des Zusammenbruchs soll auf den Zusammenbruch des Gutes Gützkow bei Stavenhagen zurückzuführen sein, an das die Firma Tiedt eine hypothekarisch eingetragene Forderung von *RM.* 450 000 haben soll. — Ueber die **Kroatische Bauern-Genossenschaftsbank,** die zuerst eine stille Liquidation versucht hatte, ist nunmehr lt. Wiener Drahtbericht der Konkurs verhängt. — Unser Stuttgarter Korrespondent hört in Bestätigung der Meldung über die Zahlungsschwierigkeiten der **Kunstbaumwollfabrik J. & S. Wertheimer** in Stuttgart-Zuffenhausen laut Drahtbericht, daß die Firma durch die Zahlungseinstellung von Gebrüder Zoeppritz mit verschiedenen *RM.* 100 000 in Mitleidenschaft gezogen ist. Sie werde demnächst an ihre Gläubiger wegen eines außergerichtlichen oder gerichtlichen Vergleichs herantreten. Ein Status liege noch nicht vor. Die Gläubigeraussichten hängen von dem Verlauf des Falles Zoeppritz ab. Der Betrieb der Firma, die bis Anfang nächsten Jahres in der Fabrikation voll beschäftigt sei, werde unverändert weitergeführt.

Von den Börsen.

*** Frankfurt a. M.,** 31. Okt.

Beruhigt und fester.

Der nach den scharfen Kursrückgängen als schwer betrachtete Oktober-Zahltag ist am **Frankfurter Platz** glatt verlaufen. Die Börse reagierte auf diese Beseitigung der Stimmungsbeeinträchtigung mit einem raschen und in den Ausmaßen nicht unerheblichen Kursanstieg, der gefördert wurde durch die gestern eingetretene Beruhigung in New York und durch die — in der Verwirklichung noch abzuwartende — Annahme, daß — wie später bestätigt —, London und New York heute zu Diskontherabsetzungen schreiten werden. Das Geschäft hielt sich in engen Grenzen: Publikumsaufträge waren im Hinblick auf das niedrige Niveau erteilt worden, doch in mäßigem Umfang und meist limitiert. Die Kulisse aber schritt zu Meinungskäufen und bewirkte auf allen Gebieten damit eine mehrprozentige Steigerung. Nach den ersten Kursen trat eine leichte Reaktion ein, die zu Ermäßigungen um ½ bis 1 pCt. führte. Das Hauptinteresse gehörte dem **I. G. Farbenmarkt:** der Kurs zog von vorbörslich 178 bis zur amtlichen Eröffnung auf 180 (176⅛) an, ferner die **Elektrowerten:** S. u. H. 301½ (294½), Schuckert 182½ (177), AEG. 168¾ (166), Licht u. Kr. 170½ (165) pCt. **Kunstseide** ruhig, aber gleichfalls fest, Aku 169½ (165½), Bemberg 210 (205). In **Montanwerten** war die Bewegung nicht so groß, Phönix 105½ (104), Rheinstahl 105⅛ (103½), Mannesmann 97½ (97); **Braunkohlenaktien** auch von der Brikettpreiserhöhung beeinflußt, Rheinische A.-G. 255 (248), Ilse wenig verändert 208 (207) pCt. **Kaliwerte** waren im Gesamtrahmen fester, Westeregeln 206½ (204), Aschersleben 202 (198). Arbeiterentlassungen bei der letzteren Gesellschaft seien lediglich die üblichen bei saisonmäßiger Abschwächung des Geschäftes. Für **Schiffahrtsaktien** setzten sich die Abgaben nicht fort, Nordd. Lloyd gut erholt 101⅝ (98½), Hapag 108¾ (107) pCt. Im übrigen setzten ein: Zellst. Waldhof 195 (192), Aschaffenburg 136½ (134), Metallgesellschaft 115 (114), Rütgers 70¼ (68¾), aber Dyckerhoff 80 (82), Junghans 53 (54) pCt. **Banken** still und unverändert. **Deutsche Fonds** etwa wie gestern, fremde Renten ebenfalls ohne wesentliche Aenderung, Anatolier II 16⅞ (16¾) pCt.

Gegen Schluß der ersten Stunde wurde die Börse von vagen Angaben über das Zahlenergebnis des Volksbegehrens und durch Unsicherheit über den Ablauf des Zahltages in Berlin etwas beunruhigt, I. G. Farben gaben auf 178½ nach, S. u. H. auf 295, dann 297, Schuckert auf 180 pCt.

Im **freien Markte** der unnotierten Werte: Aktien: Adler Klever 56 pCt. — 6proz. Reichsschuldbuchforderungen waren behauptet: stärker gefragt waren 1932er, 37er, 43er und 48er Fälligkeiten, 1930er 98⅝ B., 32er 89, 33er 85⅞ bis 86⅛, 34er 80¾—81⅛, 35er 78⅞—79⅝, 36er 74½—75½, 37er 71⅝—72¾, 39er 67¾—68¼, 40er 65⅞—67, 41er 64¼ bis 65⅜, 42er 63⅝—64⅜, 43er 63—64, 44er 62⅞—64⅛, 45er 63⅜—63⅞, 46er 63⅛—64⅛, 48er 63½. Wiederaufbauzuschläge geschäftslos 24 à 25.

Im weiteren Verlauf wirkte sich die Londoner Diskontermäßigung (vergl. an anderer Stelle) günstig aus. Die Kurse zogen wieder an und schlossen meistenteils etwa auf Anfangsstand oder knapp daran. Gedrückt blieben Bemberg 206, Daimler 31⅜ nach 31¾, man spricht von weiteren Arbeiterentlassungen in Mannheim, sowie am Bankenmarkt Deutsche und Disconto, die auf je 157 nachgaben. Auch Reichsbank, die gut erholt mit 260 (254) eröffnet hatten, gaben nach, 257, ferner lagen Rhein. Credit im Einklang mit der D.-D.-Bewegung ermäßigt 116⅜ (117¾). Südd. Disconto aber gehalten 129. Siemens & Halske schlossen mit 299, Schuckert gut erholt mit 182, die Farbenaktie mit 179¾. Ueber die anfängliche Befestigung hinaus gaben Holzverkohlung nach 78¾ (77¾)—77¼, Chem. Verein 75 (74). Fest lagen Svenska 340—342 (337½) und Dt. Linoleum 240¼ (237½). Sonstige Aenderungen von Bedeutung waren kaum zu registrieren, höchstens bei im allgemeinen stillem Montanmarkt Oberbedarf fester 69 (66) und Otavi etwas erholt 60½ (59). **Deutsche Anleihen** blieben nur knapp gehalten, Goldmexikaner glichen den Kursverlust von gestern abend aus 21½ (20¾) pCt.

Nachbörslich nannte man I. G. Farben mit 179¼ pCt., Elektrowerte auf den Schlußkursen.

Besondere Bewegungen und Vorgänge: Frankfurter Allgemeine gaben auf *RM.* 76 (79) nach. Festverzinsliche Werte, vor allem **Liquidationspfandbriefe** waren gefragt und fest: 4½proz. Bodenkredit-Liqu.-Pfdbr. und 4½proz. Gotha Grundkredit-Liqu.-Pfdbr. — G. Rhein. West-Liqu.-Goldpfdbr. 75 rat. Zuteilung ca. 40 pCt. — 8proz. Stadt **Darmstadt** wurden nach Briefstreichung wieder notiert 85 pCt. bei nur teilweiser Abnahme. — **Oesterreichische und ungarische Mark- und Kronenrenten** (Vorkriegswerte) fanden von neuem Interesse; es soll eine Regelung auf Basis einer 5proz. Aufwertung des Kapitals plus aufgelaufener Zinsen vorgenommen werden und zwar, wie es heißt, gegen einen 5proz. Konversionstyp; die Silberprioritäten unterstehen einer besonderen Regelung. — Am **Einheitsmarkt für Industrieaktien** war wenig Geschäft. Ohne Angebot waren Klein Schanzlin, Taxe ca. 135, Gritzner Taxe ca. 48, und Keramische Werke, die Kurse wurden gestr. G. notiert. Dagegen blieben ohne Aufnahme Rhenser Mineralbrunnen, für die man nach einem letzten Kurs von 128 nur noch mit 115 pCt. rechnet, und Heyligenstaedt (letzter Kurs 105 pCt.). **Befestigt** waren im Einklang mit den entsprechenden Werten des Großverkehrs, Glanzstoff 215 (203), alte Continental-Linoleum 248 (242), neue 230½ (226); ferner Hilpert